

5. Sitzung des Gemeindeparlamentes
Donnerstag, 29. Januar 2026
Stadthaus, Ratsaal
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 22.15 Uhr

Anwesend sind: 38 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Simon Bloch, 2. Heinz Eng, 3. Sandy Grieder, 4. Christian Huber (ab 19.45 h),
5. Simone Sager, 6. Andrea Walder, 7. Nico Zila

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Stephan Bielser, 2. Kerstin Bütschi, 3. Florian Eberhard, 4,
5. Stefanie Kurt, 6. Daniela Minikus, 7. Luc Nünlist, 8. Claudia Schmid

Junge SP Region Olten:

1. Flurin Vögeli

Die Mitte:

1. Darryl Fiechter, 2. Muriel Jeisy-Strub

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Beat Bachmann

Grünliberale Partei:

1. Silvia Huber, 2. Tobias Käser, 3. Manfred Schoger

Grüne Olten:

1. Gian Baumann, 2. Jann Frey, 3. Regina Graber, 4. Lukas Lütolf,
5. Yael Schindler Wildhaber

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner (bis 20.20 h), 2. Robin Kiefer, 3. Lukas, Neumaier, 4. Ursula Rüegg,
5. Marc Winistörfer

Olten jetzt!:

1. Lara Casura, 2. Olivia Imhof, 3. Benjamin Mühleisen, 4. Tobias Oetiker, 5. Laura Schöni
(ab 19.45 h), 6. Vivek Sharma

Stadtrat: Thomas Marbet, Stadtpräsident
Marion Rauber, Direktion Bau
Nils Loeffel, Direktion Bildung und Sport
Thomas Fürst, Direktion Finanzen und Dienste
Raphael Schär-Sommer, Direktion Soziales
Ramon Christen, Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend: Luzia Baumann (stellvertreten durch Kerstin Bütschi)
Nico Zila (stellvertreten durch Gianluca Peduzzi)
Denise Spirig (stellvertreten durch Benjamin Mühleisen)
Cécile Send (stellvertreten durch Flurin Vögeli)
Salome Kisker
Philippe Ruf

Unentschuldigt abwesend: -

Ferner anwesend: Patrik Stadler, Rechtskonsulent (bis 19.20 h)

Vorsitz: Ursula Rüegg

Protokollführer/in: Roland Sampt, Leiter Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

- * 4. Aufstockung Fachstelle Private Beistandspersonen/Genehmigung
- * 5.1 Auftrag Florian Eberhard SP/JSP betr. Sexuelle Gesundheit 2.0 – kostenlose Tests ermöglichen
- 5.2 Auftrag Fraktion Mitte/GLP/EVP betr. Verursachergerechte Abfallgebühren
- 5.3 Auftrag Fraktion Mitte/GLP/EVP betr. Erweiterung der finanzpolitischen Grundsätze im Budget und Finanzplan
- 5.4 Auftrag Yael Schindler Wildhaber (GO), Jann Frey (GO) betr. Neophyten-Aktionsplan für Olten
- 5.5 Auftrag Daniela Minikus (SP) und Luc Nünlist (SP) betr. Badi-Areal für alle: Bewegung und Begegnung auch im Winter
- ** 5.6 Auftrag Fraktion GO/JGO betr. Nachhaltiges Bauen in Olten
- ** 5.7 Interpellation Fraktion Mitte/GLP/EVP betr. Aktuelle Bestandesaufnahme über HR-Prozesse in der Stadt Olten
- ** 5.8 Überparteilicher Auftrag betr. Förderung des öffentlichen Verkehrs bei Grossanlässen auf Gemeindegebiet
- ** 5.9 Überparteilicher Auftrag betr. Partizipatives Budget
- ** 5.10 Überparteilicher Auftrag betr. Kostenlose Menstruationsartikel in Gebäuden der Stadt Olten
- ** 5.11 Interpellation Simon Bloch (FDP), Jann Frey (GO), Tobias Oetiker (OJ), Daniela Minikus (SP) betr. Fragliche Praxis der Altstadtkommission
- ** 5.12 Interpellation Darryl. Fiechter (Mitte), Beat Bachmann (EVP) und MU betr. Nutzung Kloster und Öffnung Klostergarten
- ** 5.13 Auftrag Matthias Borner (SVP) betr. Lokales Gewerbe «first» bei freihändigen Vergaben
- ** 5.14 Interpellation Matthias Borner (SVP) betr. Rückzug Baugesuch Leberngasse – wie weiter?

- ** 5.15 Interpellation Lukas Neumaier (SVP) betr. Kriminalität in der Stadt Olten
- ** 5.16 Interpellation Marc Winistörfer (SVP), Robin Kiefer (SVP) und MU betr. Führungskrise in der Direktion Bildung und Sport
- ** 5.17 Auftrag Florian Eberhard (SP) und MU betr. Prüfung eines kostenlosen Sport- und Freizeitmaterialverleihs in Olten
- ** 5.18 Auftrag Daniela Minikus (SP) und Tobias Oetiker (OJ) betr. Fachkommission für Baukultur und nachhaltige Stadtentwicklung
- ** 5.19 Auftrag Marc Winistörfer (SVP) und MU betr. Nachtragskredite transparent ausweisen
- ** 5.20 Auftrag Stefanie Kurt (SP) und Stephan Bielser (SP) betr. Kostenlose Abgabe von Abfallsäcken in der Stadt Olten
- ** 5.21 Auftrag Stefanie Kurt (SP) betr. Für mehr Transparenz: Stärkung der Nutzer*innen-Erfahrung während den Live-Übertragungen des Gemeinde-parlaments in der Stadt Olten
- ** 5.22 Auftrag Stefanie Kurt (SP) und Kerstin Bütschi (SP) betr. Barrierefreies Olten für alle*
- ** 5.23 Auftrag Fraktion FDP betr. Unterstützung der Gemeindeinitiative «Faire Verteilung der Nationalbankgelder»

* Angepasste Traktandenliste (auf den 2. Sitzungstag verschoben)

** aus Zeitgründen verschoben

* * *

Parlamentspräsidentin Ursula Rüegg: Sehr geehrte Damen und Herren Gemeindeparlamentarierinnen und Gemeindeparlamentarier, sehr geehrte Frau Stadträtin, sehr geehrte Herren Stadträte, sehr geehrte Zuschauende und Zuhörende, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüsse sie alle ganz herzlich zur heutigen Parlamentssitzung.

Mitteilungen

Stellvertretungen

- Cécile Send → Flurin Vögeli
- Luzia Baumann → Kerstin Bütschi
- Denise Spirig → Benjamin Mühleisen
- Nico Zila → Gianluca Peduzzi

Abmeldungen / späteres Eintreffen

Nils Loeffel und Laura Schöni treffen heute etwas später ein. Salome Kisker und Philippe Ruf sind noch immer krank.

Rückzug eines Vorstosses

Die Fraktion FDP zieht ihren Auftrag unter Traktandum 4.27 betr. Unterstützung der Gemeindeinitiative „Faire Verteilung der Nationalbankgelder“ zurück.

Vorstösse/Eingang

- Überparteilicher Auftrag Yael Schindler Wilderhaber (GO), Florian Eberhard (SP) und MU betr. Boden behalten - Olten nachhaltig gestalten
- Auftrag Fraktion GLP/Mitte/EVP betr. Zeitgemässe Behandlung von Kleinen Anfragen
- Kleine Anfrage Tobias Oetiker (OJ) und MU betr. Risikobeurteilung zu Microsoft Office 365 in der Stadtverwaltung
- Kleine Anfrage Fraktion SVP Lukas Neumaier betr. Erhöhung der Präsenz am Bahnhof Olten durch die Transsicura SBB
- Kleine Anfrage Fraktion SVP Lukas Neumaier betr. Stadttheater
- Kleine Anfrage Fraktion GLP/Mitte/EVP Manfred Schoger und MU betr. Verschiebung des Wochenmarktes vom Samstag von der Bifangstrasse an die Kirchgasse

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 29. Januar 2026

Prot.-Nr. 31

Fachstelle Private Beistandspersonen, Stellenaufstockung / Genehmigung

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz (AKES) der Sozialregion Olten führt im Auftrag der KESB rund 800 Mandate. Im Mittel werden rund 130 bis 150 Mandate durch Private Beistandspersonen (PriBe) geführt. Zur Rekrutierung, Schulung und Begleitung der Privaten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger (PriMa) hat das Oltnere Gemeindeparlament per 1. Januar 2023 ein Pensum von 0.5 FTE für die PriMa-Fachstelle genehmigt. Seit Februar 2025 empfiehlt die Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) den Begriff der Privaten Beistandsperson (PriBe) und hat ihr Handbuch auch entsprechend angepasst. Die PriMa-Fachstelle der Sozialregion Olten wird daher dieses Jahr ebenfalls zur PriBe-Fachstelle umbenannt.

2. Erwägungen

Im Jahr 2025 haben die drei weiteren Sozialregionen der KESB Olten-Gösgen die Sozialregion Olten um eine Offerte zur Führung einer regionalen PriBe-Fachstelle angefragt. Die Sozialregion Olten hat auf Basis des Vollkostenstundensatzes eine Offerte erstellt und diese in die Bereiche 0-50 Mandate, 50-100 Mandate sowie 100-150 Mandate unterteilt. Bis zur Budgetlesung im Stadtrat hat keine Sozialregion über die Offerte entscheiden können und deshalb konnten auch keine Stellen im Budget 2026 beantragt werden.

Die Sozialregion Untergäu hat nun Interesse daran, zwischen 50 und 100 Mandate durch die PriBe-Fachstelle der Sozialregion Olten begleiten zu lassen. Die offerierten Kosten liegen bei CHF 43'200.- womit sich ein Pensum von 0.3 FTE Administration in der LK 11 finanzieren lässt. In Kombination mit den bestehenden 0.5 FTE Sozialarbeit in der LK 19 ist diese Variante geeignet, um die Regionale PriBe-Fachstelle aufzubauen. Für die 0.3 FTE besteht intern bereits eine Interessensbekundung einer Mitarbeiterin, welche bereits erste Erfahrungen im Bereich Kindes- und Erwachsenenschutz mitbringt und sich weiter in diesem Themenfeld vertiefen möchte.

Zurzeit laufen die Vertragsverhandlungen mit der Sozialregion Untergäu noch und die IT-Schnittstellen müssen final geklärt werden. Aus diesem Grund beantragt der Stadtrat die Stellenaufstockung unter Vorbehalt eines unterzeichneten Vertrags damit die Fachstelle im März oder April handlungsfähig ist.

3. Finanzielle Auswirkungen

Die Vollkosten für 0.3 FTE Administration in der Lohnklasse 11 liegen bei CHF 43'000.- pro Jahr und werden durch die jährlichen Einnahmen von CHF 43'200.- auf einem entsprechenden Einnahmenkonto finanziert. Die Vollkosten werden periodisch der

Teuerung und der Anzahl geführten Mandate angepasst. Entsprechend ist die Stellenaufstockung kostenneutral. Im Rahmen der Stellenaufstockung per 1. März 2026 sind Nachtragskredite für die Lohnkosten im Umfang von 21'300.- und Sozialnebenkosten im Umfang von 4'300.- erforderlich. Die Kompetenz dieser Nachtragskredite liegt beim Stadtrat und sind deshalb nicht vom Parlament zu genehmigen.

Beschlussesantrag:

1. Der Stellenerhöhung um 0.3 FTE Administration in der LK 11 per 1.3.2026 für die Führung der regionalen PriBe-Fachstelle wird unter Vorbehalt eines unterzeichneten Vertrags zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Antrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Gian Baumann, GPK: Im Namen der GPK darf ich Stellung nehmen zu diesem Bericht und Antrag. Die Diskussionen rund um diesem B&A haben sich sehr kurzgehalten, jedoch haben die folgenden Punkte ein paar Fragen aufgeworfen. Einerseits kam die Frage auf, wieso der Antrag überhaupt ins Parlament kommt, weil der finanzielle Rahmen im Kompetenzspielraum des Stadtrats liegt. Es wurde uns jedoch erläutert, dass eine feste Anstellung und keine befristete Stelle oder eine befristete Pensenerhöhung angestrebt wird, weil es die Personalsuche einfacher macht. Dementsprechend wären dies wiederkehrende Kosten, die vom Parlament abgesegnet werden müssen. Ein anderer Punkt, der zu Diskussionen geführt hat, ist der Punkt der Kostenneutralität. Es kam die Frage auf, ob diese immer noch gewährleistet wäre, falls man eine Person mit mehr Erfahrung finden würde. Jedoch wurde uns versichert, dass diese finanziellen Auswirkungen durch den Mittelwert innerhalb der Lohnklasse beziffert würden. Zusätzlich wurde zu den effektiven Lohnkosten noch ein Puffer einberechnet. Zudem spielt die Erfahrung nur innerhalb der Lohnklasse eine Rolle und kann dementsprechend nicht mehr als 40% über dem Grundlohn liegen. Es wurde auch anerkannt, dass die Stadt Olten diese Leistung für andere Gemeinden anbietet und eine weitere Regionalisierung erstrebenswert ist. Es kam die Frage auf, ob in näherer Zukunft weitere ähnliche Anträge ans Parlament gestellt werden, weil eigentlich eine Bündelung sinnvoller wäre anstatt viele kleine Pensen. Dies wurde verneint oder dann nur im Rahmen des Budgets. Die GPK unterstützt diesen B&A einstimmig.

Stadtrat Raphael Schär-Sommer: Besten Dank an den Sprecher der GPK für die Zusammenfassung der Diskussion. Ich kann hier nicht viel ergänzen, ausser die Bestrebungen nochmals zu verdeutlichen, dass wir von den Sozialregionen versuchen, auch über die Sozialregionen hinaus zusammenzuarbeiten und diese zu stärken. Und so auch dort, sofern bei uns spezifisches Wissen vorliegt, die Redundanzen intern sicher zu stellen, dass es nicht an einer Person liegt, sondern neuerdings in diesem Thema an zwei Personen. Ich kann sagen, dass die Verhandlungen grundsätzlich noch laufen. Es war uns wichtig, dass wir auch vom Parlament ein Signal haben, ob wir solche oder weitere Zusammenarbeiten grundsätzlich anstreben sollten. Darum haben wir gesagt, dass wir diesen Bericht und Antrag zuerst dem Parlament vorlegen, damit wir nachher entlang den Verhandlungen mit der Vereinbarung die Stelle zur Freigabe ausschreiben können. Danke für die Unterstützung und ich bin gespannt auf eure Rückmeldungen.

Lukas Neumaier, Fraktion SVP: Aus unserer Sicht kommt der Antrag zur Stellenaufstockung für die Fachstelle Private Beistandspersonen zu früh. Gerade mit dem Blick auf die nicht beantworteten Tatsachen der Lösung dieser Führungskrise im Sozialdepartement. Gern würden wir als Fraktion zuerst wissen, was mit diesen Führungskräften ist. Arbeiten sie wieder oder wie geht es weiter? Zuerst muss diese Frage geklärt werden, bevor über eine Stellenaufstockung entschieden wird. Darum lehnen wir das ab.

Simon Bloch, Fraktion FDP: Die FDP-Fraktion begrüsst, dass die bestehende Fachstelle offenbar auch für andere Regionen attraktiv ist und dass man damit Synergien nutzen kann. Positiv ist auch, dass die beantragte Stellenaufstockung kostenneutral erfolgen wird und an einen konkreten Leistungsauftrag geknüpft ist. Gleichzeitig ist für die FDP zentral, dass die zusätzliche Stelle nur so lange besteht, wie tatsächlich ein konkreter Bedarf und ein gültiger Vertrag vorhanden sind. Sollte sich zeigen, dass diese Stelle nicht mehr benötigt wird, muss sie auch konsequent wieder abgebaut werden. Unter diesen Voraussetzungen stimmt die FDP diesem Antrag zu. Besten Dank.

Muriel Jeisy, Fraktion GLP/Mitte/EVP: Ich kann mich gerade ziemlich meinem Vorredner anschliessen. Die GLP/Mitte/EVP-Fraktion unterstützt diesen Antrag einstimmig unter den beschriebenen Parametern. Wir finden die regionale Zusammenarbeit sinnvoll, auch eine bessere Verteilung des Know-hows und der Bündelung der Kräfte, die hier angestrebt werden. Und auch die Vorkehrungen, dass das eben nur, wenn es effektiv gebraucht wird und kostenneutral ausgearbeitet wird, finden wir gut, nachvollziehbar und plausibel. Darum möchten wir dem gerne eine Chance geben und stimmen, wie erwähnt, zu.

Stefanie Kurt, Fraktion SP/JSP: Ich halte mich kurz. Das meiste wurde gesagt. Die SP/JSP-Fraktion schliesst sich den Ausführungen des Stadtrates an. Die beantragte Stellenaufstockung ist fachlich sinnvoll. Wir begrüssen insbesondere auch, dass Olten gegen Entgelt Dienstleistungen für andere Gemeinden erbringt und somit die vorhandene Fachkompetenz regional nützt. Und schliesslich möchten wir an dieser Stelle ein grosses Dankeschön an die engagierten Mitarbeitenden im Bereich Kindes- und Erwachsenenschutz in der Sozialregion Olten aussprechen. Unsere Fraktion wird den Antrag einstimmig unterstützen.

Tobias Oetiker, Fraktion OJ: Olten jetzt findet auch, dass diese neue Stelle eine gute Sache ist. Wir sind dafür. Der Ausbau dieser PriBe-Fachstelle ist zwar kostenneutral, hat aber durchaus Auswirkungen auf die Sozialregion. Für die Sozialregion ist es eine kostengünstige Alternative, einfache Fälle an private Beistandspersonen auszulagern. Eine rundum gute Sache, könnte man meinen. Und ja, klar, kleinere Kosten sind positiv, sie entlasten das Budget. Aber leider gibt es auch eine problematische Auswirkung dieser Auslagerung. Wir haben hier im Saal schon öfter darüber diskutiert: Die Anzahl Dossiers, die von einer Beistandsperson bearbeitet werden, ist die Messgrösse für die Arbeitslast. Der Einsatz dieser privaten Beistandspersonen verändert jetzt aber die Art der Dossiers, die bei den Berufsbeistandspersonen verbleiben. Die einfachen Dossiers gehen tendenziell zu den privaten Beistandspersonen und dadurch steigt die Komplexität jener Dossiers, die professionell bearbeitet werden. Und damit steigt auch die durchschnittliche Arbeitsbelastung von den Personen, die diese Dossiers bearbeiten, obwohl die Anzahl der Dossiers allenfalls gleichbleibt. Damit also nicht nur das Budget entlastet wird, sondern auch das Gesamtsystem profitiert, ist es von zentraler Bedeutung, dass mit der steigenden Komplexität der Dossiers auch die Anzahl Dossiers, die von den Berufsbeistandspersonen bearbeitet werden, in Richtung der Empfehlungen der KOKES gesenkt wird. Die gute Nachricht ist, dass das kostenneutral möglich ist, weil durch die freiwerdenden Ressourcen Teile der extern geführten Dossiers wieder intern bearbeitet werden können, und dadurch wird es wesentlich günstiger. Nur so können wir erreichen, dass durch die Auslagerung von einfachen Fällen frei gewordene Ressourcen nachhaltig genutzt werden und dass schlussendlich alle gewinnen.

Gian Baumann, Fraktion GO/JGO: Ich darf mich im Namen der Fraktion GO/JGO dazu äussern. Wir unterstützen die verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden. Diese Synergieeffekte können dazu führen, dass Leistungsfelder für die beteiligten Gemeinden

günstiger werden können. Wir würden es auch unterstützen, wenn auch in anderen Bereichen geprüft werden würde, ob eine Zusammenarbeit stattfinden könnte. Beispielsweise beim Werkhof. Funktionale Zusammenarbeit wäre ein Gewinn für unsere Stadt. Die Stadt Olten kann damit als grösste Gemeinde im Kanton eine wichtige Rolle übernehmen. Wie es Raphael bereits erläutert hat, wäre eine Annahme dieses Antrages dementsprechend auch ein Zeichen, dass wir parat sind, Ressourcen zu schaffen, damit Olten diese Verantwortung übernehmen kann. Es ist für uns auch sinnvoll, dass für diese Zusammenarbeit eine unbefristete Steuererhöhung geschaffen wird. Dementsprechend stimmen wir diesem Bericht und Antrag einstimmig zu. Danke schön.

Matthias Borner (SVP): Es wurden ja noch Fragen gestellt. Es würde mich interessieren, was Raphael Schär dazu zu sagen hat.

Stadtrat Raphael Schär-Sommer: Ich nehme das Wort und halte mich kurz. Ich äussere mich nicht zu Personalangelegenheiten, wenn es nicht nötig ist. Ich glaube auch nicht, dass es zur Umstimmung führen würde. Aber wir können in der Pause darüber sprechen.

Matthias Borner (SVP): Das ist genau der Punkt. Das ist doch kein Zustand. Seit etwa drei Monaten oder einem halben Jahr wissen wir nicht genau, was los ist. Es gibt Gerüchte, diese Personen seien nicht mehr da. Es ist nie bestätigt worden. Man weiss es nicht. Sie verlangen eine Stellenaufstockung. Aber es könnte sein, dass die ganze Führung ihre Stelle nicht mehr innehat. Wir wissen es nicht. Es wäre ein grosser Vertrauensgewinn, wenn die Regierung mal informieren würde, was eigentlich Sache ist. Bei der ersten Kündigung der Leiterin, die gegangen ist, hat man im Detail beschrieben, wie es zu dieser Kündigung kam. Jetzt sagt man ein halbes Jahr lang nichts. Es ist auch dem Steuerzahler gegenüber angemessen zu sagen, was eigentlich läuft. Wenn die ganze Führung weg ist, unten aber gleichzeitig neue Leute eingestellt werden, ist das – meiner Meinung nach – keine gesunde Entwicklung.

Darryl Fiechter (Mitte): Auch wenn die Fragen berechtigt sind, möchte ich beliebt machen, dass man nicht das eine Thema mit dem anderen vermischt. Meiner Auffassung nach hat es nichts miteinander zu tun. Darum würde ich beliebt machen, weiterzufahren und das Thema in einem anderen Zusammenhang zu besprechen.

Schlussabstimmung

Mit 32 : 4 Stimmen fällt das Parlament folgenden Beschluss

1. Der Stellenerhöhung um 0.3 FTE Administration in der LK 11 per 1.3.2026 für die Führung der regionalen PriBe-Fachstelle wird unter Vorbehalt eines unterzeichneten Vertrags zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:
Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 29. Januar 2026

Prot.-Nr. 32

Auftrag Florian Eberhard SP betr. «Sexuelle Gesundheit erhöhen 2.0 – Kostenlose Tests ermöglichen»

Vorstosstext

Der Stadtrat wird beauftragt, in einem zweijährigen Pilotprojekt ein Angebot sicherzustellen, mit dem in Olten Gratistest für sexuell übertragbare Infektionen für unter 25-Jährige und Personen mit tiefem Einkommen angeboten werden können.

Begründung

Dieser Auftrag schliesst an den am 23. März 2023 für erhebliche erklärten Prüfungsauftrag «Auftrag Luisa Segessenmann und Florian Eberhard (SP) betr. Sexuelle Gesundheit erhöhen»¹ an. Aufgrund der bereits dort beschriebenen Grundlagen bezüglich STIs und der aufgezeichneten Problematik wird hier aus Effizienzgründen auf eine erneute Ausführung verzichtet. Die dortigen Ausführungen sind in der Fusszeile verlinkt.

Der Prüfungsbericht des Stadtrats vom 8. Januar 2024 hat zwei mögliche Varianten aufgezeigt, wie ein Angebot aufgebaut werden kann. Für den Aufbau einer Teststelle wurde beim Kantonsspital Olten sowie der Fachstelle seges (sexuelle Gesundheit Aargau) Offerten eingeholt. Die Kosten würden sich auf CHF 35'000 bis CHF 40'000.-- im Jahr belaufen. Die Fachstelle seges geht von zwei Halbtagen pro Monat aus, an denen Testungen stattfinden, und müsste dazu Räumlichkeiten mieten. Im Kantonsspital Olten können STD-Testungen bereits heute durchgeführt werden, allerdings kostenpflichtig. Eine kostenlose oder subventionierte Testung könnte demnach dort mit entsprechenden finanziellen Mitteln umgesetzt werden. Angenommen wurden jeweils rund 100 bis 150 subventionierte bzw. kostenlose Tests pro Jahr. Die Lösung eines Angebots im Rahmen der bestehenden Strukturen im Kantonsspital erscheint auf den ersten Blick sinnvoller. Eine Festlegung des Anbieters wird im Vorstosstext aber bewusst vermieden, um die pragmatischste und kostengünstigste Lösung zu ermöglichen.

Verschiedene Votant:innen in der Ratsdebatte im Oltnen Parlament zum Prüfungsauftrag haben angemerkt, dass primär der Kanton für das entsprechende Leistungsfeld verantwortlich wäre und erst sekundär, falls der Kanton dem nicht nachkommt, die Stadt Olten verantwortlich wäre. Aus der Beantwortung der kleinen Anfrage (RRB 2023/1872) und dem Auftrag (RRB 2024/1540) sowie in Anbetracht der geplanten Sparmassnahmen wird deutlich ersichtlich, dass seitens Kantons in absehbarer Zeit keine Übernahme dieses Leistungsfeldes zu erwarten ist. Falls gewünscht, muss die EG Olten hier selbst aktiv werden, um die Verantwortung für die sexuelle Gesundheit junger Menschen und Menschen mit tiefem Einkommen wahrnehmen zu können.

In einem zweijährigen Pilotprojekt soll ein niederschwelliges, unkompliziertes Testangebot für unter 25-Jährige und Personen mit tiefem Einkommen umgesetzt und anschliessend ausgewertet werden. Eine mögliche Definition von «tiefem Einkommen» könnte anhand der Bezugsberechtigung einer Kulturlegi formuliert werden, wird aber dem Stadtrat offen-gelassen.

¹https://www.oltten.ch/_doc/4320548

Stadtrat Raphael Schär-Sommer beantwortet den Auftrag im Namen des Stadtrates wie folgt:

Es wurde mit den beiden seinerzeitigen Anbietern, also der Fachstelle seges (sexuelle Gesundheit Aargau) und dem Kantonsspital Olten Kontakt aufgenommen. Beide Anbieter wären bereit, innerhalb der seinerzeitigen Offerte ein Angebot für die Stadt Olten zu machen.

Der Stadtrat schliesst sich der Einschätzung des Auftraggebers an, dass sich der Kanton auf Grund der geschilderten Umstände nicht an einer Testung beteiligen würde. Das Sparprogramm und die zitierten RRB zeigen eine eindeutige Haltung. Mit dem vorliegenden Auftrag geht es demnach um einen Alleingang der Stadt Olten, bei welchem sich die Patientinnen und Patienten ausweisen müssten resp. ihren Wohnort nachweisen müssten. Ein anonymer Test wäre somit nicht möglich, da sonst auch Personen aus anderen Gemeinden subventioniert werden.

Der Stadtrat vertritt darum weiterhin die Haltung, dass es sich beim fraglichen Angebot um eine Aufgabe des Kantons handelt. Angesichts der knappen personellen und finanziellen Möglichkeiten der Stadt Olten erscheint ein Aufbau einer solchen Teststelle nicht prioritär. Daher empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, den Auftrag für nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Florian Eberhard, Auftraggeber: Dieser Vorstoss hat eine gewisse Vorgeschichte. Er baut auf einen Prüfauftrag auf, welcher von diesem Parlament 2023 als erheblich erklärt wurde. Der Stadtrat hat nachher das Anliegen seriös geprüft und wertvolle Grundlagen für ein allfälliges weiteres Vorgehen geschaffen. Danke, Raphael Schär und Team an dieser Stelle. Der Prüfbericht zeigt konkrete Umsetzungsmöglichkeiten auf. Zwei Anbieter, die Fachstelle seges und das Kantonsspital Olten, haben ihre grundsätzliche Bereitschaft signalisiert, ein entsprechendes Testangebot aufzubauen. Sexuell übertragbare Infektionen nehmen zu. Weltweit, schweizweit und auch bei uns in der Region. Gleichzeitig sind, auch drei Jahre nach der Debatte in diesem Rat, die bestehenden Angebote in und um Olten weder leicht auffindbar noch niederschwellig zugänglich. Und sie sind ganz bestimmt nicht motivierend für Leute, die sich aus Verantwortung gegenüber anderen präventiv testen lassen möchten. Dabei wäre genau das zentral. Regelmässige Tests auf die sogenannten Big Five können Infektionsketten unterbrechen, bevor sie sich weiter ausbreiten. Das ist wichtig, weil die allermeisten Infektionen symptomlos verlaufen und daher unbemerkt bleiben, aber nicht ungefährlich sind. Davon besonders häufig betroffen sind junge Menschen. Aber für sie sind Tests zu teuer. Laut Sexuelle Gesundheit Zürich kostet ein Test im Schnitt CHF 160. Die Krankenkasse übernimmt die Kosten nur bei klaren Krankheitssymptomen, was zum Beispiel bei Chlamydien fast nie der Fall ist. Wer sich testen lassen will, handelt also verantwortlich, wird aber finanziell dafür bestraft oder stigmatisiert. Und genau da müssen wir ansetzen. Wir brauchen einen Kulturwandel. Für das braucht es aber strukturelle Angebote, die diesen auch ermöglichen. Olten wäre mit einem solchen Angebot nicht allein. In Schaffhausen zum Beispiel hat man im Mai 2025 ein neues, unkompliziertes Testangebot in Kooperation mit dem «Checkpoint» gestartet. Nicht ganz gratis, aber mit zehn Stutz pro Test doch ein bisschen eine andere Situation als momentan bei uns in Olten. Ich habe mich mit verschiedenen Personen des Projekts in Zürich ausgetauscht, weil es ja tatsächlich noch ein paar offene Fragen gibt, wie man es in Olten umsetzen könnte. Dort in Zürich basiert die Wohnsitzbestätigung im Pilotprojekt auf Selbstdекlaration, einfach weil der Public-Health-Gedanke höher gewichtet wird als das Risiko, dass ein böser Adliswiler fälschlicherweise mal in den Genuss eines Gratistests kommen würde. Wenn uns das nicht als Kontrollmechanismus reicht, gibt es einfache Lösungen, wie der Beweis mit einer Kopie der Krankenkassenrechnung. Genau so funktioniert es bei uns in der Badi auch seit Jahren problemlos. Das ist praktikabel, datensparsam und schützt die Privatsphäre. Wichtig ist einfach, dass Daten mit Rückschluss auf Personen nicht gespeichert werden. Und, ja, mir ist es bewusst, grundsätzlich wäre der Kanton für die Gesundheit zuständig. Aber genau dieser Kanton hat in der Mai-Session 2025 einen

sehr ähnlichen Vorstoss als nicht erheblich erklärt. Das heisst für uns, wenn wir in Olten Verantwortung übernehmen wollen, müssen wir es selber machen. Wir können nicht darauf warten, dass der Impuls aus Kleinlützel oder Eppenberg-Wöschnau kommen wird. Und wir haben ein überdurchschnittliches Interesse daran. Olten steht bei den STI-Fallzahlen kantonsweit an der Spitze. Das ist nicht nur ein Gesundheitsproblem, sondern eine Frage der Aufklärung, Zugänglichkeit und Verantwortung. Dieser Vorstoss hier fordert darum einen zweijährigen Pilotversuch. Ziel ist ein Testangebot für unter 25-jährige und Menschen mit tiefem Einkommen (z. B. Kulturlegi-Beziehende), eingebettet in bestehende Strukturen. Ich persönlich fände die Struktur im Kantonsspital dafür geeignet. Kostenfolge von CHF 35'000 bis 40'000 pro Jahr ist ein überschaubarer Beitrag und es ist ein sinnvoller Beitrag zur Prävention und zur Entstigmatisierung. Apropos Entstigmatisierung: Gestört habe ich mich bei der Antwort des Stadtrats am Satz: «Zudem fehlt das Klientel, welches auf diese Form von Gesundheitsberatung angewiesen wäre.» Das ist nicht nur inhaltlich falsch, es ist auch eine gefährliche, stigmatisierende Vorstellung davon, wer von sexuell übertragbaren Infektionen betroffen sein kann. Die Realität ist, STIs können uns alle treffen. Genau darum braucht es ein Angebot, das niemanden ausschliesst. Weder finanziell noch kulturell noch strukturell.

Stadtrat Raphael Schär-Sommer: Merci, Florian, für die Erläuterungen zu eurem Auftrag. Wie wir schon ausgeführt haben, ist es so, dass es ein kantonales Leistungsfeld ist. Und der Kanton ist auch sehr streng, was kommunale Leistungsfelder angeht, indem er die dann gerne an uns weitergibt. Entsprechend machen wir das natürlich gerne und angesichts der personellen und finanziellen Ressourcen ist es auch nötig, das so zu machen und darum bleiben wir dabei, dass wir diesen Auftrag für nicht erheblich erklären. Es ist besonders wichtig zu sagen, dass er grundsätzlich nicht auf Oltnerinnen und Oltner eingeschränkt ist, nach meinem Verständnis. Das wäre das Minimum, was eigentlich sicher nötig wäre. Auch aus Kostengründen. Zum Zweiten: Zürich, das als Referenz genommen wurde, ist noch spannend. Die haben den Test verlängert, aber mittlerweile verlangen sie, glaube ich, wenn ich mich jetzt richtig erinnere, 30 Franken für den Test. In dieser Grössenordnung. Auf jeden Fall ist es nicht mehr gratis. Vielleicht ist auch das ein Weg zum Weitergehen. So viel von uns. Merci.

Tobias Käser, Fraktion GLP/Mitte/EVP: Stellt euch vor, eine junge Frau mit bescheidenem Einkommen bemerkt gesundheitliche Symptome. Sie zögert zum Arzt zu gehen. Nicht, weil es in Olten kein Angebot hat, sondern weil sie denkt, vielleicht die Rechnung nicht zahlen zu können. Das ist ein Thema. Genau für solche Situationen haben wir in der Schweiz ein System aufgebaut. Das heisst, die Krankenkasse übernimmt Kosten bei einem Arztbesuch. Konkret übernimmt die Krankenkasse, wie es auch gesagt wurde, das Testen auf sexuell übertragbare Krankheiten, wenn ein Verdacht besteht. Dank der CHF 200 Mio. Prämienverbilligung, die wir im Kanton Solothurn haben, kann man sich die Krankenkasse sogar leisten. Ob man mehr Krankenkassenverbilligung sprechen soll oder nicht, das ist ein anderes Thema, auf einer anderen Stufe. Das System funktioniert nicht perfekt, aber es ist da. Es wurde über Jahrzehnte aufgebaut, mit klaren Verantwortlichkeiten. Der Bund setzt den Rahmen, der Kanton sorgt für den Zugang und die Krankenkassen finanzieren Behandlungen. Ihr kennt es. Jetzt kommt der vorliegende Auftrag und schlägt vor: Olten, mach bitte ein eigenes Pilotprojekt. Ein kleines Angebot in einem spezifischen Bereich. Das ist gut gemeint, das ist keine Frage. Aber was passiert dann? Die Nachbargemeinden fragen sich: Wieso macht das Olten? Sollten wir das nicht auch machen? Sind wir dann weniger fortschrittlich? Es könnte andere Anspruchsgruppen geben, die denken, wenn die Stadt Olten für die sexuelle Gesundheit Geld in die Hand nimmt, wieso machen wir das nicht auch für die psychische Gesundheit? Für die Diabetesprävention? Oder für die Zahngesundheit bei Kindern? Plötzlich wird aus einem Pilotprojekt ein Präzedenzfall. Aus klaren Zuständigkeiten gibt es einen Flickenteppich und ausgerechnet wir als Gemeinde, die sich ständig darüber beklagt, dass uns der Kanton und der Bund, das haben wir gestern wieder diskutiert, immer mehr Aufgaben übertragen, übernehmen so weitere Aufgaben und das noch freiwillig. Versteht mich bitte nicht falsch. Die Fraktion GLP/Mitte/EVP nimmt das Thema sexuelle Gesundheit ernst, sehr ernst sogar. Es wurde gesagt: Die Zahlen steigen, aber die Lösung kann nicht sein, dass jede Gemeinde ein eigenes Süppchen kocht. Die Lösung ist dort, wo die Hauptverantwortung liegt, es wurde vom Stadtrat gesagt, nämlich beim Kanton, beim Bund und bei den Krankenkassen. Unsere junge

Frau vom Anfang braucht keinen Flickenteppich an Gemeindeprojekten. Sie braucht ein funktionierendes, schweizweit einheitliches Gesundheitssystem mit fairen Prämien und niederschwelligem Zugang. Dafür müssen wir uns einsetzen, auf der richtigen Ebene. Und dieses System kann weiter justiert werden, dass eben noch mehr Menschen eine Prämienverbilligung bekommen. Aber diese Diskussion müssen wir nicht in diesem Saal führen, das ist der falsche Ort. Ich glaube auch nicht wirklich, dass sich viele Leute testen lassen, wenn sie keine Symptome haben. Wenn ich keine Symptome, keine Rückenschmerzen habe, mache ich auch kein MRI. Ich glaube, das machen die wenigsten. Die Fraktion GLP/Mitte/EVP lehnt darum den Auftrag ab. Nicht, weil es uns egal ist, sondern weil wir an die Kraft des bestehenden Systems glauben und wir das System nicht durch gut gemeinte, aber systemfremde Insellösungen schwächen wollen. Danke.

Tobias Oetiker, Fraktion OJ: Ich bin nicht Arzt oder Ärztin, aber wir haben in der Fraktion eine Ärztin, welche heute leider krank ist. Ich lese daher ihr vorbereitetes Votum. Wir sehen die Bedeutung einer niederschweligen Testung auf Eindämmung der Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten klar. Die Anonymität und tiefe Kosten sind entscheidend, gerade weil Infektionen mit Chlamydia und Gonokokken häufig symptomlos verlaufen. Mehr Tests bedeuten kleinere Dunkelziffern. Auf den ersten Blick spricht einiges für eine Erheblich-erklärung. Die Kosten werden überschaubar. Kooperation mit bestehenden Strukturen wie seges, KSO oder Hausärzte und Hausärztinnen sind naheliegend. Auch die Idee mit der Kulturlegi finden wir eine pragmatische Lösung, weil dadurch keine zusätzlichen Verwaltungshürden entstehen würden. Unklar bleibt, ob dieser Auftrag nur auf Testungen abzielt oder ob auch Beratung und Nachbesprechungen eingeschlossen sind. Ohne diese Begleitung ist das Angebot unvollständig. Genauso offen ist, wie die Zielgruppen erreicht werden sollen und wer die Kommunikation finanziert. Ein weiterer Punkt ist, dass die Anonymität bei einer Beschränkung auf Personen aus Olten nicht gewährleistet werden könnte. Was je nachdem finanzielle Auswirkungen für ein niederschwelliges Angebot... Sorry. Es ist auf jeden Fall problematisch. Ich mache weiter. Die Verantwortlichkeit für dieses Thema liegt beim Kanton bzw. bei der Kantonsärztin und nicht bei uns als Stadt. Auch wenn die Kosten auf den ersten Blick überschaubar sind, sind wir uns in Anbetracht der aktuellen finanziellen Situation der Stadt nicht einig, was hier der richtige Weg ist. Ob der Nutzen eines solchen Angebots grösser ist als die Kosten ist eine offene Frage. Darum werden wir nicht alle gleich abstimmen. Aber wir finden es eine gute Idee.

Sandy Grieder, Fraktion FDP: Die FDP-Fraktion unterstützt die Empfehlung und wird klar für nicht erheblich stimmen. Zur Begründung: Der Kanton ist zuständig. Der Stadtrat hat es deutlich gesagt, es ist eine kantonale Aufgabe. Wenn wir es als Stadt übernehmen, machen wir einen Alleingang und das auf eigene Kosten. Zweitens: Die Stadt hat weder die Ressourcen noch die Priorität. Die Verwaltung ist jetzt schon stark belastet und es warten noch zahlreiche Projekte, die Priorität haben. Da hat so etwas aktuell keinen Platz und da jetzt noch freiwillige Leistungen aufzubauen, wäre auch verantwortungslos. Und zum Schluss. Es ist kein anonymes Angebot und damit auch kein echter Mehrwert. Tests müssen dokumentiert werden, weil nur Oltnen und Oltneninnen davon profitieren sollten. Genau das macht das Angebot nicht niederschwellig und nimmt dem Ganzen den Sinn. Das Gute zum Schluss: Tests gibt es ja eigentlich schon, im Kantonsspital Olten zum Beispiel. Und wer sich testen lassen will, der kann das, aber es ist halt kostenpflichtig, wie auch andere medizinische Dienstleistungen. Daher werden wir für nicht erheblich stimmen.

Gian Baumann, Fraktion GO/JGO: Die Fraktion GO/JGO unterstützt das Anliegen dieses Auftrags. Jedoch sehen wir einige Fragezeichen bei der Umsetzung. Grundsätzlich gibt es gute Gründe für die Einführung eines solchen niederschweligen kostengünstigen Angebots für das Testen von STIs. Einerseits stellen die sehr hohen Kosten für die Testung eine grosse Hürde dar für Menschen mit niedrigem Einkommen und andererseits sind sexuell übertragbare Krankheiten immer noch mit viel Stigmatisierung, besonders bei jungen Menschen mit Scham verbunden. Andererseits kann die Verbreitung von STIs effektiv eindämmt werden, wenn mehr getestet wird und auch die Gesundheitskosten können reduziert werden, wenn Krankheiten frühzeitig erkannt werden. Es haben sich bei uns dann doch einige Fragen gestellt bei der

Umsetzung. Danke Florian, du hast hier im Votum schon eine dieser aufgeworfenen Fragen beantworten können. Wenn ich es richtig verstanden habe, wäre das Angebot nur auf Oltnen und Oltnern beschränkt. Wir haben uns gefragt, ob es wirklich Sinn macht, ein Angebot zu schaffen, das nur für Oltnen und Oltnern wäre. Viel besser wäre eine Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden, oder eigentlich sogar kantonal. Eine kantonale Lösung wäre das Beste. Wir haben uns gefragt, ob es eventuell auch eine Möglichkeit wäre, als Stadt einfach einen Teil zu zahlen, das Testen von STIs erschwinglicher zu machen und vielleicht nicht gleich gratis. Zudem findet unsere Fraktion, dass wir das wichtige Thema auch ganzheitlicher angehen müssen. Kostengünstige Tests reichen nicht. Es braucht auch deutlich mehr Aufklärungsarbeit und Bildung. Es gibt bereits diverse gute Beispiele von Organisationen, die solche Inhalte für Klassen anbieten. Wir sind aus all den genannten Gründen für die Schaffung dieses Pilotprojekts. Ich denke, dass in der detaillierten Umsetzung noch einiges konkreter ausgearbeitet werden müsste. Wir vertrauen aber dem Stadtrat, dass er eine sinnvolle und umsetzbare Lösung findet.

Lukas Neumaier, Fraktion SVP: Für unsere Fraktion ist die Begründung des Stadtrats schlüssig und wir werden dem Auftrag daher nicht zustimmen.

Vivek Sharma (OJ): Ich erlaube mir ganz kurz ein paar Bemerkungen. Danke für die spannenden Voten von allen Seiten. Ein paar Dinge habe ich nicht ganz verstanden als Gegenargument und so. Erstmal danke, Gian. Die Argumente, die du ins Feld geführt hast, machen Sinn. Es ist nicht nur der Test und es ist nicht nur, dass wir in Olten testen, sondern auch regional. Das alles macht Sinn. Dem stimme ich zu. Von der Mitte, Tobias, habe ich das Argument nicht ganz verstanden. Ihr habt Angst, dass andere Gemeinden das Gefühl haben könnten, Olten macht etwas und sie fühlen sich dann quasi in Stich gelassen und müssten auch ein fortschrittliches Angebot leisten und etwas anbieten. Ich glaube, das ist Föderalismus und jede Gemeinde darf machen, was sie für gut hält. Ich sehe das nicht als Gegenargument, sondern als etwas Positives, wenn eine Gemeinde findet: Doch, wir haben Geld und wir wollen unserer Bevölkerung etwas anbieten. Ich sehe nicht, warum das ein Problem ist. Das andere. Sandy, ich glaube, du hast etwas gesagt von wegen, die Anonymität sei bei solchen Tests nicht gewährleistet. Ich bin nicht sicher, ob ich das richtig verstanden habe. Soweit ich weiss, gibt es Angebote in Aarau, in Bern, in Zürich, wo man sich vorher anmelden kann und man kann sogar ankreuzen, ob man den Test und das Beratungsgespräch anonym will oder nicht. Ich meine, wenn ich zum Arzt gehe, der dokumentiert auch alles. Aber Anonymität ist wegen des Arztgeheimnisses gewährleistet. Dies als Gegenargument sehe ich nicht so. Das wollte ich sagen, einfach als kurze Bemerkung. Danke für die Aufmerksamkeit.

Heinz Eng (FDP): Ich werde aus der FDP-Einheitsfraktion ausscheren und zustimmen. Ich hatte das, glaube ich, vor ein paar Jahren schon einmal, vor allem aus persönlichen Gründen. In der Jugend kann man nicht immer alles richtig machen. Manchmal passieren solche Sachen, unbeschwert, fröhlich usw. Ich weiss, ich kann ein bisschen nachfühlen, was dann in diesen Köpfen vorgeht. Man macht sich vielleicht Vorwürfe. Ist man eine Bedrohung für den Partner oder die Partnerin? Es ist peinlich, zum Arzt zu gehen. Und man ist einfach unsicher. Das gibt auch Zweifel an sich selber. Bin ich eine Bedrohung für die Umwelt? Für die Familie? Usw. usf. Man hat vielleicht auch Angst, sich zu öffnen. So ein Test, niederschwellig, wie es hier steht. Florian hat ja die entsprechenden Kosten gesagt. Und dann, nach zwei Wochen gibt es eine Klarheit, und das wiederum gibt eine ganz andere Lebenseinstellung für die Jugendlichen. So gesehen kann ich dem nichts Negatives abgewinnen. So gesehen würde ich zustimmen. Merci, Florian.

Tobias Käser (GLP): Ich möchte eine Antwort auf deine Frage geben. Es geht darum, wenn Gemeinden diesen Flickenteppich wahrnehmen, dann würden sie vielleicht ein anderes Angebot machen und dann muss Olten wieder nachziehen. Du weisst auch, wie viele junge Menschen auch psychische Probleme oder Störungen haben, die dringend auf eine Behandlung angewiesen sind, die man vielleicht nicht gleich beim Hausarzt bespricht, weil der eher auf körperliche Symptome spezialisiert ist oder darauf schaut und auf das andere nicht. Ihr wisst selber, was eine solche Beratung kostet, die man in Anspruch nimmt und sehr viele

aus dem eigenen Sack bezahlen. Da muss man von mir aus gesehen die Verhältnismässigkeit anschauen betreffend Kosten-Nutzen. Und für etwas gibt man Geld aus und für das andere nicht. Das ist dann in der ganzen Region sehr intransparent. Nur weil jemand in Winznau wohnt, hat er nichts, in Olten hat er etwas, in Trimbach hat er nichts. Das ist dieser regionale Flickenteppich. Darauf berufen sich die anderen Gemeinden. Olten hat es, wir wollen auch. Olten kann sich wieder auf andere berufen. Das macht von mir aus gesehen keinen Sinn. Daher ist es eine kantonale Aufgabe, weil man dort die Synergien besser nutzen kann. Das wurde schon gesagt. Wenn es ein Kantonsspital macht, im Namen des Kantons, dann kann man es für die ganze Region anbieten und dann kann man die Prävention und Beratungsgespräche und so weiter zusammen mit den Ärzten super hochfahren. Das ist von mir aus gesehen ein Argument. Aber du kannst natürlich gegenteiliger Meinung sein. Danke.

Sandy Grieder (FDP): Nur kurz, ich möchte meinem Vorredner zustimmen, dass es auch andere Sachen gibt, denen man sich durchaus annehmen könnte. Ich finde es faszinierend, wie wir uns hier alle Gedanken machen, was zu unserer Aufgabe gehört. Aber ob es wirklich die Aufgabe des Gemeinderats ist, Chlamydien aktiv zu bekämpfen, das ist für mich fraglich. Da gäbe es noch andere Sachen, die wir auch anschauen müssten.

Claudia Schmid (SP): Ich möchte nur noch kurz ergänzen, dass Zürich noch nicht final abgestimmt hat, ob sie Gebühren wollen. Dort ist bereits im Gespräch, dass es ganze neu sogar eine Erstberatung umfasst, was eigentlich eine sehr schöne Entwicklung ist. Ich wollte zu verschiedenen Punkten etwas sagen. Die Krankenkasse, ja, es wäre schön, wenn es so toll wäre und sie diese Sachen übernehmen würden. Fakt ist aber, dass die Menschen, die sich die Tests nicht leisten können und deswegen nicht hingehen, in der Regel eine so hohe Franchise haben, dass es finanziell nicht möglich ist. Jeder Besuch zu einer Ärztin oder zu einem sonst behandelnden Menschen ist sehr schwierig und für sie eine grosse Hemmschwelle. Darum finde ich schon, dass wir hier einen gewissen Auftrag haben, solange der Bund mit der Krankenkassensache nicht vorwärts macht und solange der Kanton nicht vorwärts macht, einheitliche Lösungen zu finden in der Prävention. Wir haben einen Flickenteppich und das finde ich überhaupt nicht schön. Ich finde es eigentlich gar nicht lässig, dass wir das in Olten machen müssen, weil es sonst niemand macht. Aber Fakt ist, wir können auch nicht einfach den Schuh immer jemand anderem geben und sagen: Der Kanton muss. Und der Kanton sagt: Nein, das ist Gemeindeaufgabe. Und dann geht es hin und her. Irgendwann müssen wir einfach anfangen. Das, was Heinz gesagt hat, das ist einfach so. Junge Menschen machen manchmal Dinge, es passieren Dinge. Es ist wichtig, dass sich die Leute testen gehen. Wir haben es gehört von Tobias bzw. eigentlich von Salome: Gewisse Dinge gehen symptomlos. Es ist wichtig, dass wir dies bekämpfen. Und ja, ich fände es schön, wenn es eine kantonale Lösung gäbe, aber es ist einfach nicht so. Dass nochmals von wegen: «Ja, dann machen die anderen vielleicht etwas anderes Tolles und dann müssten wir nachziehen.» Es ist doch auch schön, wenn man sich gegenseitig inspiriert. Ich sehe an dem nichts Schlechtes. Ich finde es eigentlich lässig, wenn eine andere Gemeinde eine andere tolle Idee hat und man dann sagen könnte: Vielleicht ist das noch viel die bessere Idee als die, die wir hier hatten. Dann können wir auch mal schauen, ob es Feinjustierungen gibt, die wir vornehmen können. Ich finde, man kann ja auch voneinander profitieren, anstatt darin das Negative zu sehen. Vielen Dank.

Vivek Sharma (OJ): Ich möchte nur ganz kurz etwas erwähnen. Es ist sicher nicht verkehrt, wenn auch andere Krankheiten umfasst werden. Aber ich erlaube mir die Bemerkung, dass sexuell übertragbare Krankheiten von einer Person auf die andere übertragbar sind. Daher hat es schon etwas mehr Brisanz im Sinne von, wenn eine Person krank ist, kann sie mehrere andere Personen anstecken. Eine Depression, das ist leider auch ein grosses Problem, aber es ist immerhin nicht ansteckend. Darum ist es aus der Perspektive der Volksgesundheit vielleicht ein bisschen brisanter. Aber ja, ich sage nichts dagegen. Was den Flickenteppich betrifft, da hat Claudia gerade sehr gute Punkte gebracht. Irgendjemand muss schon den ersten Schritt machen. Ausserdem haben wir nicht nur den Kanton Solothurn. Unsere Kantone sind nicht so rechteckige Blöcke. Aargau ist hier auf der einen Seite, drüben ist Rothrist. Eigentlich muss man das Problem regional angehen. Aber wenn man darauf wartet, bis sich

die perfekte Lösung abzeichnet, dann macht niemand etwas und es passiert einfach nichts. Man könnte einfach versuchen, etwas zu machen. Das wäre zum Beispiel ein erster Schritt. Auch wenn es nicht perfekt ist. Danke.

Florian Eberhard (SP): Ich danke euch für die spannenden und respektvollen Voten zu diesem Geschäft. Und Danke, Heinz, für deine persönliche Geschichte. Ich möchte gerne auf zwei Dinge reagieren, die gesagt wurden. Einerseits das Votum der GLP, von Tobias. Ich habe das Gefühl, der Vergleich mit den Rückenschmerzen und dem MRI hinkt ein bisschen. Es gibt tatsächlich einen Unterschied. Dein Rückenweh ist – das hoffe ich zumindest – nicht ansteckend. Das MRI, das du machen würdest und von der Krankenkasse übernommen würde, das wäre vor allem für dich, für deine persönliche Gesundheit. Mit dem STI-Testing übernimmt man darüber hinaus auch noch Verantwortung, auch für andere Menschen, die potenziell davon betroffen sein könnten, ohne dass sie involviert gewesen wären oder ein Versagen gemacht hätten. Und noch zu Sandy. Wir haben heute und morgen 29 Geschäfte auf der Traktandenliste. «Wir haben noch andere Probleme» ist meiner Meinung nach kein legitimes Argument, um nicht aktiv zu werden. Ich glaube, es gibt sachliche Gründe, die dagegensprechen, aber nicht: Es gibt noch andere Probleme auf dieser Welt. Ich glaube, dafür sind wir im Parlament, hier in Olten, zu wenig wichtig, um die ganzen Weltprobleme zu lösen.

Heinz Eng (FDP): Ich möchte es nur ganz kurz machen. In den 1980er-Jahre war AIDS ein riesiges Thema. Wer das damals hatte oder bekommen hat, aus welchen Gründen auch immer, hatte praktisch ein Todesurteil. Es gab damals in den Anfängen noch kein Gegenmittel, noch keine Medikamente usw. Das Unispital Zürich hat schweizweit die Gratis-Tests von AIDS entsprechend angeboten. Dann etwas zu diesem ganzen Prozedere. Es wird getestet, ob man eine Infektion, eine Ansteckung hat. Da braucht es nicht hochspezialisierte Ärzte und Professoren von den Universitäten oder etwas. Man geht hin, geht in ein Wartezimmer, dann kommt man in einen Raum und dort wird Blut genommen. Dieses Blut wird untersucht und nach zehn Tagen, vielleicht einer Woche, habt ihr das Testergebnis. Positiv oder negativ. Dann geht der Schritt entsprechend weiter. Das ist alles. Blutentnahme, Kontrolle, ob es eine Infektion gibt, sexuell usw. AIDS war früher ein Thema. Dann hat es sich. Da muss man nicht meinen, das sei ein riesiges Ding. Das wird nun hier aufgebauscht bis zum Bach hinunter. Es ist eine reine Kontrolle, eine Blutanalyse, ob irgendetwas im Blut ist, das nicht stimmt. Fertig.

Yael Schindler Wildhaber (GO): Ich bin immer noch hin und her gerissen, wie ich abstimmen soll und daher habe ich noch eine Frage an den Stadtrat. Gian hat vorhin gesagt, wir würden eine pragmatische Umsetzung dieses Auftrags sehen. Das heisst, dass wir nur für Oltners Tests finanzieren würden, weil wir ja, wie wir wissen, kein überschüssiges Geld haben. Man könnte vielleicht auch CHF 10 bis 30 selber daran zahlen, weil wir es eigentlich schon noch sinnvoll fänden, dass man sich ein wenig daran beteiligen könnte. Jetzt haben wir hier drinnen schon häufig diskutiert, wie wortwörtlich man Auftragstexte nehmen muss. Das finde ich jeweils eine etwas schwierige Diskussion. Wenn man es wortwörtlich nimmt, würde ich es wohl nicht unterstützen. Wenn man es aber pragmatisch umsetzen kann, dann sieht es anders aus. Ich weiss nicht, ob der Stadtrat das so spontan beantworten kann, aber ich wäre froh darum. Daher, danke.

Stadtrat Raphael Schär-Sommer: Der Stadtrat hört der Debatte interessiert zu und versucht, das aufzunehmen, was dazu führt, dass es mehrheitsfähig ist, wenn ich das so beantworten kann. Weiterführend haben wir uns keine Gedanken dazu gemacht, wie wir das pragmatisch oder nicht pragmatisch umsetzen wollen.

Beschluss

Mit 21 : 17 Stimmen wird der Auftrag erheblich erklärt.

Mitteilung an:

Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

Auftrag Florian Eberhard SP/JSP betr. Sexuelle Gesundheit 2.0 – kostenlose Tests ermöglichen - Erheblicherklärung

Abstimmungsergebnis insgesamt

21 JA 0 ENTH. 17 NEIN

Name	Vorname	Partei	Abstimmungs- ergebnis
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	NEIN
Fiechter	Darryl	Die Mitte	NEIN
Bachmann	Beat	EVP	NEIN
Eng	Heinz	FDP	JA
Sager-Roth	Simone	FDP	NEIN
Walder	Andrea	FDP	NEIN
Huber	Christian	FDP	NEIN
Grieder	Sandy	FDP	NEIN
Peduzzi	Gianluca	FDP	NEIN
Bloch	Simon	FDP	NEIN
Käser	Tobias	GLP	NEIN
Huber	Silvia	GLP	NEIN
Schoger	Manfred	GLP	NEIN
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	JA
Graber	Regina	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	JA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	JA
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	JA
Imhof	Olivia	Olten jetzt!	JA
Casura	Lara	Olten jetzt!	JA
Schöni	Laura	Olten jetzt!	JA
Mühleisen	Benjamin	Olten jetzt!	JA
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	JA
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	JA
Bütschi	Kerstin	SP/Junge SP	JA
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	JA
Vögeli	Flurin	SP/Junge SP	JA
Kurt	Stefanie	SP/Junge SP	JA
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	JA
Bielser	Stephan	SP/Junge SP	JA
Winistörfer	Marc	SVP	NEIN
Borner	Matthias	SVP	NEIN
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	NEIN
Kiefer	Robin	SVP	NEIN
Neumaier	Lukas	SVP	NEIN

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 29. Januar 2026

Prot.-Nr. 33

Auftrag Muriel Jeisy Fraktion Mitte/GLP/EVP und MU betr. Verursachergerechte Abfallgebühren/Beantwortung

Vorstosstext

Der Stadtrat wird gebeten, im Jahr 2025 die Gebührenhöhe der Grundgebühr sowie die Tarife für Kehrichtsäcke, Kehricht- und Sperrgut-Container-Band, Sperrgut-Gebührenmarke, verschiedenen Grüngut-Bänder und Grüngut-Jahresvignetten zu prüfen und entsprechend dem Kostendeckungsprinzip anzupassen.

Begründung

Die als Spezialfinanzierung geführte Abfallrechnung weist ein Guthaben gegenüber dem steuerfinanzierten Haushalt von mehr als einer Jahresgebühr (2.2 Mio. Franken) aus. Mit den im Budget 2025 und Finanzplan vorgesehenen Investitionen (Grüngut, elektrische Kehrichtfahrzeuge, Entsorgungsstationen) wird sich das Guthaben gemäss Angaben im Finanzplan 2025-2031 voraussichtlich bis Ende 2026 auf 0.6 Mio. Franken reduzieren. Spätestens dann ist gemäss Stadtrat eine Überprüfung der Gebührenhöhe angezeigt. Wir sind der Ansicht, dass hier schon lange zugewartet worden ist und die Überprüfung rascher angegangen werden soll, damit die Abfallgebühren auf das Jahr 2026 hin reduziert werden können. Der erwähnte Verzicht auf die Weitergabe der Mehrwertsteuererhöhung stellt lediglich einen Tropfen auf den heissen Stein dar.

Bereits mit dem Jahresabschluss 2017 wies die Abfallrechnung ein Guthaben von rund 1.652 Mio. Franken gegenüber dem steuerfinanzierten Haushalt aus. Dieses Guthaben resultierte aus Über-schüssen der Gebührenrechnung. Der Stadtrat hat daher am 17. September 2018 im Nachgang des Postulats von Deny Sonderegger (FDP) vom 7. Dezember 2016 und dem Management Letter der RPK vom 1. Juni 2018 beschlossen, die Abfallgebühren per 1. Januar 2019 um durchschnittlich 5 % zu reduzieren. Mit dieser Senkung sollten alle sinnvollen Investitionen bezahlt werden und das Guthaben auf rund 126'0000 Franken reduziert werden können.

Das Guthaben ist jedoch aktuell mit rund 2.2 Mio. Franken viel höher, weshalb eine erneute Prüfung (Grundgebühr eingeschlossen) angezeigt erscheint. Weiteres Zuwarten wird dem Kostendeckungsprinzip nicht gerecht. Das Kostendeckungsprinzip besagt, dass der Gesamtertrag der Gebühren die Gesamtkosten des betreffenden Verwaltungszweiges nicht oder nur geringfügig übersteigen darf. Das Kostendeckungsprinzip beruht nicht auf einer eigenen verfassungsrechtlichen Grundlage, sondern ergibt sich aus dem Wesen der Kausalabgabe. Das Kostendeckungsprinzip hat verfassungsrechtliche Verbindungen zum Verhältnismässigkeitsprinzip und zum Willkürverbot. Es gilt neben dem Legalitätsprinzip und Äquivalenzprinzip bei Gebühren und ist entsprechend zu beachten. Momentan verlangt die Stadt nach wie vor zu hohe Abfallgebühren.

* * *

Stadtrat Benvenuto Savoldelli beantwortet den Auftrag im Namen des Stadtrates wie folgt:

Die Abfallgebühren sind gemäss Art. 148 des Gesetzes über Wasser, Boden und Abfall (GWBA) verursachergerecht zu erheben.

Art. 148 Abs. 1: Für die Entsorgung von Siedlungsabfällen treffen die Einwohnergemeinden eine Regelung, die von den Verursachern und Verursacherinnen Gebühren in Abhängigkeit von der Menge des Abfalls erhebt. Sie können die ihnen verbleibenden Entsorgungskosten durch eine Grundgebühr abdecken. Der Gesamtertrag der Gebühren darf die Kosten der Entsorgung nicht übersteigen.

Das Gesetz selbst macht bezüglich Schwankungsreserven keine Aussagen. Im Sinne von langfristig stabilen Gebühren macht eine gewisse Schwankungsreserve (Überfinanzierung) durchaus Sinn. Dies insbesondere darum, weil grosse Investitionsvorhaben (Bsp. neue elektrische Kehrlichfahrzeuge) nicht durch einen Jahres-Cashflow aus der Abfallrechnung finanziert werden können. Überfinanzierungen werden zu Lasten des steuerfinanzierten Haushalts verzinst, Unterfinanzierungen werden zu Gunsten des steuerfinanzierten Haushalts verzinst. Der Stadtrat geht mit der Auftraggeberin einig, dass ein zu hohes Guthaben gegenüber dem steuerfinanzierten Haushalt weder aus Sicht der Abfallrechnung noch aus Sicht des steuerfinanzierten Haushalts Sinn macht.

Per Ende 2023 betrug das Guthaben der Spezialfinanzierung Abfall gegenüber dem steuerfinanzierten Haushalt rund 2.49 Mio. Franken was in etwa 1.2 Jahresumsätzen entspricht. Grund für das sehr hohe Guthaben ist, dass das im Jahr 2023 eingeplante vollelektrische Kehrlichfahrzeug erst im Jahr 2024 ausgeliefert werden konnte. Eine aktualisierte Planrechnung zeigt, dass das Guthaben bereits wieder auf 1.85 Mio. Franken reduziert wird. Im Budget 2025 ist ein weiteres vollelektrisches Kehrlichfahrzeug vorgesehen. Aufgrund des Ausschreibe- und Bestellprozesses wird die Auslieferung jedoch erst im Jahr 2026 erfolgen. Ebenso dürfte das im Jahr 2028 geplante Fahrzeug erst im Jahr 2029 ausgeliefert werden können. Die Tiefbauinvestitionen (Grüngut/Unterflurstationen) wurden je um die Hälfte reduziert. Die Realisierung dieser Vorhaben ist jedoch offen. In der Erfolgsrechnung sind besonders die Entsorgungskosten (Kostenart 312) sehr volatil und marktabhängig. Zurzeit ist die Nachfrage nach rezyklierten Materialien eher rückläufig, was dazu führt, dass anstelle eines Erlöses mit zusätzlichen Kosten gerechnet werden muss. Bei den Erlösen muss – wie sich die Entwicklung der Jahre 2021 – 2024 zeigt, eher mit tieferen Erlösen gerechnet werden. Der Erlös aus Kehrlichgebühren betrug in den letzten 4 Jahren (2021-2024) rund 1.94 Mio. Franken. In einem Update der Finanzplanung wurde das entsprechend berücksichtigt.

Eine Nachjustierung des Finanzplans im Bereich Abfall zeigt, dass ohne die Senkung der Abfallgebühren und unter Berücksichtigung aller geplanten Investitionen das Guthaben bis Ende 2029 nahezu aufgebraucht sein wird.

Im Sinne einer vorgezogenen Finanzplanung beantragt der Stadtrat den Auftrag als erheblich zu erklären und vertieft zu prüfen. Ob eine Gebührenreduktion vorgenommen wird; bleibt aber Sache der Exekutive.

- - - -

Muriel Jeisy, Auftraggeberin: Diesen Prüfauftrag hatten wir bereits im Dezember 2024 eingereicht, nachdem sich im Budget und auch im Finanzplan wiederholt hohe Guthaben in der «Spezialfinanzierung Abfall» gezeigt haben. Die dabei erhaltenen Informationen haben uns auf eine eher zögerliche genaue Prüfung durch den Stadtrat hingewiesen. Auch vor der letzten Prüfung und Senkung von 5% im Jahr 2019 musste mehrmals auch hier aus dem Parlament und aus der RPK (Rechnungsprüfungskommission) auf die Notwendigkeit hingewiesen werden. Auch damals wurden hohe Investitionen genannt, die einer solchen Senkung entgegenstehen sollen. Schneller vorwärtsgekommen sind wir zwar nicht, es ist uns

aber wichtig, dass dem Thema, das sonst bei der Diskussion der Rechnungen und des Budgets/Finanzplans häufig nur eine Randnote bekommt, hier im Parlament mehr Beachtung geschenkt wird. Die Gebühren müssen schliesslich durch die Oltnen Bevölkerung und die Unternehmen bezahlt werden. Bei einzelnen Betrieben oder bei Eltern mit Kleinkindern oder Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen kann ein von den Gegebenheiten abhängiges grösseres Abfallvolumen auch für finanzielle Belastungen sorgen. Dazu ist zwischenzeitlich an der September-Sitzung ein Auftrag von Stefanie Kurt und Stefan Bielser eingereicht worden, der die Prüfung verlangt, wie Betroffene kostenlose Abfallsäcke bekommen könnten. Auch wenn eine Abfallgesellschaft selbstverständlich nicht gewollt ist, gibt es immer wieder nachvollziehbare Gründe, wo sich Abfall nicht ganz vermeiden lässt. Die als Spezialfinanzierung geführte Abfallrechnung weist ein hohes Guthaben gegenüber dem steuerfinanzierten Haushalt auf. Es ist mehr als eine Jahresgebühr, aktuell CHF 2.2 Mio. Dann hat man im Budget und Finanzplan grössere Investitionen im Grüngutbereich, in elektrische Kehrichtfahrzeuge und Unterflurentsorgungsstationen vorgesehen, die sich gemäss Finanzplan 2025 – 2031 (also noch in der früheren Version) voraussichtlich bis Ende 2026 wieder auf CHF 0.6 Mio., das sind immer noch CHF 600'000 im Plus, reduzieren würden. Hier wurde angetönt, dass man eine Prüfung der Gebührenhöhe als angezeigt empfinde. Wir waren hier der Meinung, dass man, obwohl man mehrmals Fragen dazu gestellt hat und nachgebohrt hat, bereits lange zugewartet hat, es ein wenig detaillierter zu beleuchten und nicht nur die Investitionen vor Augen zu haben, damit man die Abfallgebühren reduzieren kann. Es wurde hier einfach der Verzicht auf die Weitergabe der Mehrwertsteuererhöhung, die dort noch minimal war, erwähnt und macht natürlich noch weniger aus. Hier ist mir noch wichtig, einen kurzen Rückblick zu machen. Bereits mit dem Jahresabschluss 2017 hatte die Abfallrechnung ein hohes Guthaben von mehr als CHF 1.6 Mio. gegenüber dem steuerfinanzierten Haushalt, welches aus Überschüssen resultierte. Daraus ergab sich dann das, was ich vorher erwähnt hatte. Der Stadtrat wurde am 17. September 2018 aktiv, nachdem er nach Prüfung des Postulats von Deny Sonderegger, das darauf ausgegangen ist, ob die aktuellen Abfallgebühren den gesunkenen Kosten entsprechen, dagegen war. Aber nach einem Management Letter der Rechnungsprüfungskommission ist er dazu übergegangen, dass er beschlossen hat, die Abfallgebühren per 1. Januar 2019 um durchschnittlich 5% zu reduzieren. Hier möchte ich noch kurz erwähnen, dass diese Verweise eigentlich schon in der schriftlichen Begründung des Auftrags waren, aber offenbar ein Missgeschick beim Stadtratsprotokoll passiert ist, dass dort der Verweis auf das FDP-Postulat und den Managementletter der RPK, die für die Vorgeschichte wesentlich waren, leider fehlten und jetzt noch nachgereicht würden. Mit dieser Senkung kam man aber im Stadtrat zum Schluss, dass man alle sinnvollen Investitionen bezahlen kann und man das Guthaben nachher auf rund CHF 126'000 reduzieren würde. Spannend ist aber, dass das Guthaben immer noch über CHF 2 Mio. war, also viel höher als man damals gedacht hat. Und klar, im Nachhinein ist man immer schlauer und man kann nicht alles einschätzen, dass vielleicht diese 5% doch eher wenig waren, aber darum ist es umso wichtiger, dass man es jetzt erneut anschaut. Man kann es vertieft prüfen, es gibt ganz viele verschiedene Tarife, es gibt auch eine Grundgebühr. Wir sind einfach der Meinung, ein weiteres Zuwarten wird dem Kostendeckungsprinzip nicht gerecht. In diesem Zusammenhang möchten wir natürlich dem Stadtrat für die Beantwortung (es war ja noch der Vorgänger des aktuellen Finanzdirektors) danken und auch für das Aufführen der klaren kantonalen gesetzlichen Grundlagen. Zu den erwähnten Schwankungsreserven, die für langfristig stabile Gebühren natürlich sinnvoll sind, ist es richtig, dass das Gesetz hier nicht detailliert darauf eingeht. Es sagt aber hier auch ganz klar, dass der Gesamtertrag der Gebühren die Kosten der Entsorgung nicht übersteigen darf. Es stellt noch einmal das Prinzip klar, was im gesamten Gebührenrecht sowieso gilt. Es darf unserer Meinung nach auch nicht sein, dass beispielsweise die Gebührenzahlenden aus dem Jahr 2023 ein Kehrichtfahrzeug vorfinanzieren müssen, das dann im 2029 ausgeliefert wird. Es muss schon irgendwo ein zeitlicher Zusammenhang sein, der verhältnismässig ist. Es muss genau hinschaut werden, damit das System mit solchen Schwankungen nicht zu stark strapaziert wird. Es sollte auch genau geprüft werden, ob dann die Entsorgungsaufgaben mit dem erwähnten dritten elektrischen Kehrichtfahrzeug auch im Winter stets erfüllt werden können. Hat doch im letzten Jahr das erste elektrische Fahrzeug bei kühlen Temperaturen immer mal wieder gröbere Probleme gehabt. Leider. Zum jetzigen Zeitpunkt begrüssen wir auch, dass der Stadtrat doch

eine vorgezogene, vertiefte Finanzplanung mit einer Prüfung in Erwägung zieht, wo Gebühren-senkungen vorgenommen werden könnten, sodass sinnvolle Investitionen periodengerecht finanziert und nicht unnötig hohe Gebühren verlangt werden. Nachdem es auf das Jahr 2026, gerade auch aufgrund des Kostendeckungsprinzips, zu einer Erhöhung beim Wasserpreis gekommen ist, wobei es sich ebenfalls um eine Spezialfinanzierung mit Gebühren handelt, wäre es schön, wenn beim Abfall anstatt Gewinn bald eine Gebühren-senkung erreicht werden könnte. Die GLP/Mitte/EVP-Fraktion dankt darum für die Unterstützung und die Bestrebungen in diese Richtung.

Stadtrat Thomas Fürst: Danke Muriel Jeisy als Erstunterzeichnende dieses Auftrags. Gerne nehme ich die Antwort, welche – wie du richtig gesagt hast – mein Vorgänger verfasst hat, auf und mache noch ein, zwei ergänzenden Ausführungen dazu, wobei ich davon ausgehe, dass der Antworttext, allen bekannt ist. Das meiste hast du schon erwähnt, Schauen wir es noch einmal an: Womit haben wir es hier eigentlich zu tun? Wir haben eine Spezialfinanzierung. Das heisst, wie du richtig festhältst, dass grundsätzlich die Gebühren, die wir mit der Abfallentsorgung einnehmen, die Aufwendungen decken müssen und nicht dafür verwendet werden dürfen, um allgemeine Steuereinnahmen zu generieren. Wir haben das Kostendeckungsprinzip, das genau das besagt. Nun ist es so, dass das Gesetz nichts zu diesen Schwankungsreserven sagt. Du hast es auch erwähnt: Eines der grundsätzlichen Ziele des Stadtrats ist es, dass wir langfristig möglichst stabile Gebühren haben und es eben keine kurzfristigen Schwankungen gibt. Dann das Beispiel, das du genannt hast, dass man im 2023 allenfalls nicht schon ein Fahrzeug vorfinanziert, das erst im 2029 angeschafft wird. Doch, teilweise unter Umständen eben schon. Über die grosse Zeitdauer hinweg (das ist ja teilweise auch die Idee von Vorfinanzierungen oder eben von Abschreibungen), ist es das Ziel, dass man Investitionen nicht einfach dann belastet, wenn sie gerade anfallen, sondern möglichst gleichmässig, sodass eigentlich alle, die etwas davon haben, auch daran zahlen. Und dies erreicht man eben, indem man möglichst langfristig stabile Gebühren hat. Nun um es gleich vorwegzunehmen: Es ist überhaupt nicht das Ziel des Stadtrats - nicht ansatzweise - möglichst viele Schulden gegenüber dieser Spezialfinanzierung zu haben. Denn das ist eine Schuld, welche die Stadt gegenüber dieser Spezialfinanzierung im Moment hat. Und diese wird auch verzinst. Das heisst, die Spezialfinanzierung erhält von uns Schuldzinsen. Umgekehrt wäre es übrigens genauso. Wenn diese bei uns in der Kreide stünde, dann würde die Spezialfinanzierung uns Zinsen schulden. Also haben wir grundsätzlich ein sehr grosses Interesse daran, dass es möglichst bei null ist. Die im Moment noch rund einjährige Gesamtgebühr, die im Moment geschuldet wird, ist übrigens nichts besonders Aussergewöhnliches, wenn man es mit anderen Gemeinden vergleicht. Das kommt vor. Und wenn man jetzt insbesondere in die Zukunft schaut (für die Vergangenheit kann ich nur bedingt reden), dann sieht man gemäss unserer Kostenaufstellung, die ihr auch im Anhang zur Beantwortung findet, dass mit diesen geplanten Investitionen, insbesondere mit diesen neuen Elektro-Kehrlichfahrzeugen, die in der Anschaffung eben recht teuer sind, dass wir zu Beginn der 30er-Jahre so ziemlich bei null sein werden. Damals ging man noch von CHF 250'000 Franken aus. Unterdessen (das ist jetzt ganz aktuell, das ist in der Beantwortung noch nicht enthalten), bewegen sich die budgetierten Gebühreneinnahmen, also das, wovon man ausgegangen ist, von rund CHF 1.94 Millionen im Moment nur noch bei etwa CHF 1.83 Mio. Also rund CHF 100'000 weniger. Da sieht man, wie diffizil diese Angelegenheit grundsätzlich ist. Wenn das so bleibt, fehlen in den nächsten paar Jahren jedes Jahr rund CHF 100'000 und dann werden wir Anfang der 30er-Jahre sogar in einem Minus sein, wenn wir nichts ändern. Also, es ist keine exakte Wissenschaft... Doch, es ist eine exakte Wissenschaft, aber sie ist nicht supergut planbar. Der Stadtrat will grundsätzlich möglichst stabile Gebühren, will Rechtssicherheit schaffen. Man ist schliesslich zum Schluss gekommen, dass man empfiehlt, diesen Auftrag erheblich zu erklären. Wir machen das natürlich sehr gerne. Wir schauen noch einmal ganz genau, ob allenfalls ein Anpassungsbedarf besteht, indem wir eine Detailanalyse machen, was natürlich auch einen gewissen Aufwand mit sich bringt. Ob es dann effektiv zu einem Vorschlag für eine Gebühren-änderungen kommt, sehe ich im Moment eher weniger, aber es ist auf jeden Fall nicht auszuschliessen. In diesem Sinne beantragt euch der Stadtrat die Erheblicherklärung dieses Auftrags, damit wir es im Detail prüfen können. Vielen Dank.

Lukas Neumaier, Fraktion SVP: Unsere Fraktion unterstützt selbstredend jegliche Überprüfung von Gebühren, welche zur Reduktion der Belastung von Steuerzahlern führt. Wir sind der Meinung, für alle und nicht nur für Einzelne. Danke.

Andrea Walder, Fraktion FDP: Wie wir in der Rechnung lesen können, hat die Spezialfinanzierung Abfallrechnung ein Guthaben ausgewiesen. Thomas und Muriel haben es zuvor auch gesagt. Wie wir aber alle wissen, sind das vorausbezahlte Abfallgebühren. Wir sehen auch, dass Ende 2024 das Guthaben gegenüber 2023 gesunken ist. Der Grund ist unter anderem sicher auch der Kauf eines Fahrzeugs. Ersichtlich ist, dass im Finanzplan weitere Fahrzeuge vorgesehen sind. Ebenso sind weitere Entsorgungsstationen angedacht. Das alles kostet wieder Geld und so wäre das Guthaben rasch aufgebraucht. Natürlich weiss man noch nicht definitiv, wann die Investitionen dann wirklich getätigt werden. Aber fraglich ist trotzdem, ob es sinnvoll ist, wenn man jetzt die Gebühren senkt und dann in ein paar Jahren, wenn man sieht, es reicht nicht (denn eine Spezialfinanzierung muss ja ausgeglichen sein), diese wieder erhöht. Ich frage mich schon ein bisschen, was die Einwohnerschaft dann über uns denken würde. Aber schlussendlich vergibt man sich nichts, wenn man, sobald das Geld weg ist, die Gebühren einfach wieder erhöht. Unsere Fraktion wird grossmehrheitlich den Auftrag erheblich erklären, damit alles genau geprüft werden kann. Vor allem auch mit dem Wissen, dass der Stadtrat schlussendlich entscheiden kann, ob eine Gebührenreduktion vertretbar ist oder nicht. Danke für die Aufmerksamkeit.

Claudia Schmid, Fraktion SP/JSP: Die Fraktion SP/JSP dankt dem Stadtrat für die ausführliche und transparente Beantwortung des Auftrags. Wir teilen die Einschätzung, dass die Abfallgebühren verursachergerecht ausgestaltet sein müssen und sich am Kostendeckungsprinzip orientieren müssen. Gleichzeitig anerkennen wir aber auch den Bedarf an stabilen Gebühren sowie angemessenen Schwankungsreserven, damit man mögliche Investitionen, z.B. in eine ökologische Fahrzeugflotte usw. auch längerfristig finanzieren kann. Die vom Stadtrat aufgezeigten Entwicklungen der Spezialfinanzierung zeigen, dass heutige Guthaben aufgrund der geplanten Investitionen mittelfristig wieder abgebaut sind, und daher macht es sicher keinen Sinn, die Gebühren jetzt direkt zu senken. Wir sind aber dafür, dass man es sicher noch einmal sinnvoll prüft und schaut, dass man es gut anpassen kann, falls eine Anpassung möglich ist, ohne nicht mehr kostendeckend zu sein, respektive nicht mehr auf Schwankungen reagieren zu können. Daher folgt die Fraktion SP/JSP der Argumentation des Stadtrats und unterstützt den Auftrag. Merci.

Regina Graber, Fraktion GO/JGO: Wir verstehen das Anliegen des Auftrags der Mitte-Fraktion sehr gut. Es ist richtig, dass nicht zu hohe Gebühren verlangt werden sollen. Das Kostendeckungsprinzip bei öffentlichen Abgaben ist ein zentraler und wichtiger Grundsatz und dem müssen wir Rechnung tragen. Es wurde schon sehr viel zu den elektrischen Fahrzeugen gesagt, ich will gar nichts mehr dazu sagen. Wir folgen der Empfehlung des Stadtrats, den Auftrag als erheblich zu erklären, um nochmals eine vertiefte Analyse vorzunehmen, auch wenn für uns die Sache aufgrund der Antwort klar erscheint. Falls das Parlament dem Auftrag zustimmt, sollte eine differenzierte Prüfung erfolgen. Wir müssen hinterfragen, ob die bestehende Gebührenstruktur für die verschiedenen Abfallkategorien sinnvoll ist. Warum zahlen wir zum Beispiel für den Grünabfall, der in der Biogasanlage zum Strom gemacht wird, während eine Entsorgung von Karton oder Papier kostenlos ist? Wenn eine Prüfung, dann sollte es nicht nur eine Prüfung der Höhe der Gebühren, sondern auch der Kategorien sein. Wir folgen der Empfehlung des Stadtrats, eine konkrete Analyse vorzunehmen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Marc Winistörfer (SVP): Inhaltlich bin ich eigentlich mit allen Vorrednern einverstanden, was doch selten ist. Wir befürworten natürlich auch, dass dies überwiesen wird. Bei der Lektüre der Antwort des Stadtrats, beim letzten Satz, war ich ein wenig erstaunt. Es geht dort darum, wer die Gebührenreduktion vornehmen kann. Die Aussage ist: Es ist Sache der Exekutive, bzw. es bleibt Sache der Exekutive. Ich habe das auch überprüft und bin darauf gestossen, dass wahrscheinlich das Reglement, das die Grundlage bildet, wirklich einmal generell angeschaut werden sollte. Dort ist immer noch die Rede von einer Kommission, die in diesem

Bereich eingesetzt wurde. Ich glaube, hier ist noch das alte Kommissionssystem gemeint. Es wäre wahrscheinlich, sollte man es überweisen, noch sinnvoll, wenn der Stadtrat das Reglement generell mal unter die Lupe nähme und schaut, ob es noch andere Änderungen gäbe, die man in diesem Zusammenhang machen müsste. Danke.

Muriel Jeisy (Mitte): Danke, Marc, für diesen Input. Du meinst wohl den Abfalltarif und die Ausgestaltung auf kommunaler Ebene. Dort hatte ich ähnliche Fragezeichen und würde das sehr befürworten. Auch der Input der Grünen betreffend die Kategorien. Es macht durchaus Sinn, wenn man es wirklich mal ganzheitlich anschauen würde, im Gegensatz dazu, wie es historisch gewachsen ist. Das finde ich eine ganz gute Idee. Thomas, ich danke auch dir für diese Ausführungen und Ergänzungen, auch wenn du natürlich zurückhaltend bist. Das ist fast immer der Fall, wenn es ums Geld geht. Das hat mir auch Deny Sonderegger bestätigt, dass es damals so war und vor allem mit den Investitionen begründet wurde. Ich würde mir trotzdem erlauben, noch ein bisschen zu widersprechen oder dich zumindest zu bitten, dies ganz genau zu prüfen. Eben, die Dauer der Vorfinanzierungen. Mir leuchtet schon ein, dass so grosse Investitionen, die ja wirklich auch sinnvoll sind, wenn sie funktionieren und praktikabel im Einsatz sind, nicht auf einmal finanziert werden können. Aber wie lange ist die Dauer, damit es immer noch verursachergerecht ist? Es stellt sich ja immer die Frage: Wollen wir Schulden hinterlassen, indem wir jetzt ausgeben und Künftige zahlen müssen? Aber eben, dass Leute, die dann nicht mehr in Olten wohnen oder gestorben sind mit ihren Gebühren etwas zahlen müssen, was irgendwann angeschafft wird, ob dann das verursachergerecht ist, da möchte ich gleich noch einmal ein Fragezeichen anbringen.

Stadtrat Thomas Fürst: Ich nehme kurz Stellung. Selbstverständlich, wenn man es schon anschaut, schauen wir, ob es Anpassungsbedarf gibt. Grundsätzlich verlangt der Auftrag, dass man die Gebühren überprüft. Ob jetzt gerade das ganze Reglement quasi überarbeitet wird, müsste man im Stadtrat anschauen. Zumindest verlangt es der Auftrag nicht. Dies halte ich einfach fest. Auch nicht, ob Kategorien überprüft werden. Dann noch zur Dauer: Das schauen wir sicher an. Das ist natürlich relevant für die Berechnung dieser Gebühren. Was hingegen klar sein dürfte, ist, dass mindestens, wenn es darum geht, eine solche Investition umzulegen, zumindest die Lebensdauer dieser Investition der zu berücksichtigende Zeitrahmen sein muss. Sonst hätte jemand ganz einfach Pech, wenn er um die zwei, drei Jahre herum, wenn ein Kehrtraktfahrzeug angeschafft wird, in dieser Stadt gelebt hat. Und wenn er vier Jahre davon entfernt ist, hätte er einfach Glück gehabt, weil er nicht mehr daran zahlen muss. Wenn man die Lebensdauer dieser Fahrzeuge anschaut, mache ich mir bei der aktuellen Berücksichtigung dieser Vor- und Nachfinanzierung eigentlich keine Sorgen.

Marc Winistörfer (SVP): Ich möchte einfach zuhause des Protokolls kurz präzisieren, was ich gemeint habe. Muriel hat es kurz angesprochen. Ich habe mich auf § 14 «Gebühren» Absatz 5 bezogen. Dort heisst es: «Unter Einbezug für den Umweltschutz zuständigen Kommission muss oder kann der Stadtrat festgesetzte Gebühren anpassen.» Das habe ich gemeint. Es ist mir natürlich schon klar, der Wortlaut umfasst dies nicht, aber wenn ihr sowieso das Thema Gebühren im Abfallbereich zum Gegenstand einer Überprüfung macht, dann wäre es wahrscheinlich - als gut gemeinter Rat von meiner Seite - nicht so schlecht, wenn ihr das Reglement generell anschaut, ob es noch obsoletere Absätze enthält. Ich glaube, es gibt noch einen anderen Vorstoss, der das mal thematisiert hat. Ich habe gesehen, Christine hat sich zuvor gemeldet. Vielleicht sagt sie noch etwas zu diesem Vorstoss. Ich weiss es nicht. Merci.

Christine von Arx (SP): Ich glaube, du warst damals noch nicht im Parlament, Thomas, aber es gibt eine überwiesene, ich glaube, Motion, dass man sämtliche Reglemente darauf überprüft, ob sie mit der neuen Gemeindeordnung übereinstimmen. Diese stammt von Christoph Fink, ich glaube, damals noch CVP. Also, es ist schon länger her. Aber das ist ein Dauerauftrag. Wir haben es so akzeptiert, dass man nicht alles miteinander macht. Aber es ist selbstverständlich so, dass man schon erwarten kann, wenn man sich eines Themengebiets annimmt und eine Rechtsgrundlage anschaut, man auch gestützt auf diesen Dauerauftrag sich überlegt, ob das ganze Reglement so noch aktuell ist und quasi mit dem übergeordneten Recht, sprich der Gemeindeordnung, übereinstimmt.

Beschluss

Mit 33 : 4 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Auftrag erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

Auftrag Fraktion Mitte/GLP/EVP betr. Verursachergerechte Abfallgebühren - Erheblicherklärung

Abstimmungsergebnis insgesamt

33 JA 1 ENTH. 4 NEIN

Name	Vorname	Partei	Abstimmungs- ergebnis
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	JA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	JA
Bachmann	Beat	EVP	JA
Eng	Heinz	FDP	JA
Sager-Roth	Simone	FDP	JA
Walder	Andrea	FDP	JA
Huber	Christian	FDP	JA
Grieder	Sandy	FDP	JA
Peduzzi	Gianluca	FDP	ENTH.
Bloch	Simon	FDP	JA
Käser	Tobias	GLP	JA
Huber	Silvia	GLP	JA
Schoger	Manfred	GLP	JA
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	JA
Graber	Regina	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	JA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	NEIN
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	NEIN
Imhof	Olivia	Olten jetzt!	JA
Casura	Lara	Olten jetzt!	JA
Schöni	Laura	Olten jetzt!	JA
Mühleisen	Benjamin	Olten jetzt!	NEIN
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	NEIN
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	JA
Bütschi	Kerstin	SP/Junge SP	JA
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	JA
Vögeli	Flurin	SP/Junge SP	JA
Kurt	Stefanie	SP/Junge SP	JA
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	JA
Bielser	Stephan	SP/Junge SP	JA
Winistörfer	Marc	SVP	JA
Borner	Matthias	SVP	JA
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	JA
Kiefer	Robin	SVP	JA
Neumaier	Lukas	SVP	JA

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 29. Januar 2026

Prot.-Nr. 34

Auftrag Manfred Schoger Fraktion Mitte/GLP/EVP und MU betr. Erweiterung der finanzpolitischen Grundsätze im Budget und Finanzplan

Vorstosstext

Der Stadtrat setzt sich jährlich finanzpolitische Grundsätze, nach welchen er das kommende Budget und den Finanzplan für die nächsten Jahre auslegt. Neben der Definition wichtiger Finanzkennzahl wie Pro-Kopf-Verschuldung oder Selbstfinanzierungsgrad werden dabei auch die Grundsätze zu den Steuern definiert.

Diese Zahlen – z.B. Pro-Kopf-Verschuldung, Selbstfinanzierungsgrad, Nettoinvestitionen oder Steuersatz – werden zur Hilfe gezogen, wenn Olten finanzpolitisch mit den restlichen Solothurner Gemeinden verglichen wird. Sehr beliebt sind dabei die Vergleiche mit Grenchen und Solothurn, als ähnlich grosse Städte im Kanton.

In dieser Betrachtung wird ausser Acht gelassen, dass sich Olten, aufgrund der geographischen Lage, nicht nur mit den Solothurner Städten vergleichen muss. In Bezug auf die Standortattraktivität, wovon die Grundsätze zu den Steuern zusammen mit anderen Faktoren einen entscheidenden Punkt darstellen können, muss sich Olten insbesondere auch mit mittelgrossen Städten in den Kantonen Basel-Landschaft, Aargau, Luzern und Bern messen.

Um dieser Sachlage auf finanzpolitischer Ebene gerecht zu werden, soll der Stadtrat abklären, inwiefern die finanzpolitischen Grundsätze in den künftigen Budgets und Finanzplänen um einen Punkt erweitert werden können. Konkret ist zu prüfen anhand welcher Finanzkennzahlen¹ und Berichte² Olten mit Städten wie Liestal, Aarau, Brugg, Baden, Zofingen, Sursee und/oder Langenthal verglichen werden kann.

* * *

Stadtrat Benvenuto Savoldelli beantwortet den Auftrag im Namen des Stadtrates wie folgt:

Grundsätzlich ist eine Prüfung der Mitberücksichtigung weiterer Kennzahlen möglich. Es ist jedoch fraglich, ob ein Vergleich mit anderen Städten ausserhalb des Kantons Sinn macht, da in anderen Kantonen die Aufgaben unter Umständen anders oder durch andere Gemeinwesen gelöst werden, was z.B. erhebliche Auswirkungen auf Umsatz oder Aufwand hat, was wiederum zu erklärbaren Abweichungen in der Auswertung von Kennzahlen führen kann. So wird z.B. im Kanton Basel-Landschaft bereits eine Pro-Kopf-Verschuldung höher als 3'000 Franken als sehr hohe Verschuldung taxiert. Dies aufgrund des tieferen Spielraums der Gemeinden und der hohen Zentralisierung von Aufgaben beim Kanton.

Ebenso wird in anderen Kantonen z.B. der Nettoverschuldungsquotient nicht auf einen Steuerfuss von 100% heruntergerechnet, sondern mit dem effektiven Steuerfuss gerechnet. Der Kanton Solothurn hat mit dieser Regelung die Schuldenbremse im Nettoverschuldungsquotient einfließen lassen.

In Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit sind Kennzahlen wie die Steuerbelastung oder das frei verfügbare Einkommen wichtig. Die Kennzahlen sind jedoch durch die Stadt nicht oder nur zu einem sehr geringen Teil beeinflussbar; spielen doch Kanton (Kantonssteuern) oder beim frei verfügbaren Einkommen Krankenkassenprämien und Miete eine grosse Rolle; auf welche die

Stadt aber keinen oder minimalen Einfluss hat. Selbstverständlich könnten diese Zahlen in einer Berichterstattung hinterlegt werden, die Beeinflussbarkeit bleibt gering.

Wie die inzwischen inexistente Credit Suisse die Zahlen für das frei verfügbare Einkommen oder den Tax-Monitor berechnet, kann für Aussenstehende nicht nachvollzogen werden. Insofern ist es auch schwierig exakte Schlüsse aus dem Bericht zu ziehen. Der letzte Bericht über das frei verfügbare Einkommen ist aus dem Jahre 2021, der Tax-Monitor aus dem Jahre 2023.

Grundsätzlich können somit bei Finanzplan und Budget Vergleiche zu verfügbaren Einkommen oder Steuerbelastung mitberücksichtigt werden, sie werden jedoch auf die Steuerbarkeit des Finanzhaushalts der Stadt Olten keine Rolle spielen.

Der Stadtrat beantragt den Prüfauftrag als nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Manfred Schoger, Auftraggeber: Jedes Mal, wenn wir hier eine Debatte zu einem Geschäft führen, ist es so, dass es um die Standortattraktivität von Olten geht. Wenn es um diese Standortattraktivität geht, vergleichen wir uns oft mit anderen Schweizer Städten. Ich habe das Gefühl, jedes Mal, wenn wir uns mit einer Stadt vergleichen, wir nachher gerade diejenige Stadt herbeiziehen, welche gut passt. Wenn es um gratis Badeeintritte geht, vergleichen wir uns mit Bern, wenn es um Velofreundlichkeit oder sonstige ÖV-Themen geht, kommt Zürich oft zum Zug. Und wenn es um das WOV geht, um die wirkungsorientierte Verwaltungswirkung, haben wir schon Aarau zum Vergleich hergezogen. Oder wir haben es heute auch schon gehört, Schaffhausen war auch schon ein Thema. Das ist eigentlich aus gutem Grund so. Man sucht ja die Beispiele immer dort, wo man schon etwas gesehen hat, wo man einen Vergleich herziehen kann und wo man auch sieht, wie es funktioniert. Die Gegner der Geschäfte machen das genau gleich. Sie suchen sich immer ein Beispiel, an dem man sieht, wie es eben nicht funktioniert. Und wo immer möglich, zieht man solche Vergleichswerte bei oder man sucht manchmal auch nach einem Ranking. Und jedes Mal oder oft, wenn man über Vorstösse spricht, ist es ja eigentlich so, dass man das Ziel hat, Olten attraktiver zu machen. Und das ist etwas, das aus meiner Sicht im Hinterkopf immer mitschwingt. Man will etwas Zusätzliches einführen, wenn man das Gefühl hat, es steigert die Standortaktivität. Oder aber andere sind dagegen, weil es zu viel kostet und es die Standortaktivität schmälert. Oft geht es auch darum, dass man sich dann mit angrenzenden Städten vergleicht. Ich bin der Meinung, dass das bei den Finanzen aber nur bedingt mit einbezogen wird. Wenn man nur über das Budget oder einen Finanzplan spricht, ist es so, dass man die Frage aufwirft: Wo stehen wir? Wo steht man im Vergleich zu den anderen Gemeinden? Für den Kanton oder im Vergleich zu den Gemeinden im Kanton ist es so, dass es finanzpolitische Grundsätze gibt. Hier sagt der Stadtrat, dass man steuertechnisch im unteren Mittel sein soll. Aber wirklich spannend wird es eigentlich nur, wenn man sich mit gleich grossen Gemeinden vergleichen kann. Dies ist dann der Einfachheit halber jeweils Grenchen und Solothurn. Die Realität zeigt dann aber schon, dass das eigentlich nicht immer nur Grenchen und Solothurn ist, was die Standortattraktivität von Olten anbelangt. Insbesondere wenn es um Neuzuzüger oder juristische Personen geht. So hat man schon gehört, dass Firmen von Olten nach Sursee gezogen sind oder Neuzuzüger schauen sich nicht nur Olten an, sondern sie blicken auch nach Aarau, nach Zofingen oder nach Liestal. Aus diesem Grund ist es eigentlich auch von mir aus gesehen wichtig, dass man sich Städte wie Aarau, Zofingen, Langenthal anschaut, welche ein ähnliches Einzugsgebiet haben wie Olten. Und dass man sich nicht nur gegenüber den anderen Städten im Kanton Solothurn behaupten muss. Wenn man sich mit anderen Städten vergleichen will, verstehe ich natürlich schon, dass es nicht immer einfach ist, solche Vergleiche durchzuführen und dass man diese teilweise auch mit Vorsicht geniessen muss, weil die Basis von solchen Vergleichen nicht immer die gleiche ist. Und da verstehe ich es auch, wenn der Stadtrat sagt, es ist nicht einfach, weil man es nicht 1 : 1 vergleichen kann. Aber vielleicht ist es ja so, dass es gewisse Kennzahlen gibt, die noch besser sein können und besser hinzugezogen werden können als jene, die ich im Vorstoss erwähnt habe. Das Ziel des Vorstosses ist eigentlich aus finanzieller

Sicht, dass bei den künftigen Budgets und Finanzplänen eine Standortbestimmung gemacht werden kann, wo die Stadt Olten steht und dass man festhält, wie man gegenüber den Städten in der unmittelbaren Umgebung steht. Dabei liegt es ja auch beim Stadtrat zu bestimmen, welches die richtigen Kennzahlen sind und mit welchen Zahlen man sich vergleichen kann. Der Stadtrat sagt ja, dass es eigentlich grundsätzlich möglich ist, auch wenn die Zahlen auf die Steuerbarkeit vom Finanzhaushalt eigentlich keinen direkten Einfluss haben. Das Ziel ist meiner Meinung nach ganz klar, dass man eine Standortbestimmung hat, sodass jeder Parlamentarier und jede Parlamentarierin, welche über das Budget und den Finanzplan befinden müssen, weiss, wo Olten steht. Man kann sich selber ein Bild machen und in seine finanzpolitische Bewertung einfließen lassen. Ich habe es jetzt schon ein paar Mal gesagt: Mir geht es in erster Linie um eine Standortbestimmung, so, dass man danach, wenn man will, später auf dieser Basis weitere Handlungen, Anträge und Vorstösse eingeben kann. Merci.

Stadtrat Thomas Fürst: Vielen Dank für diesen Vorstoss, welcher ebenfalls von meinem Vorgänger beantwortet wurde. Ich verweise noch auf die schriftliche Beantwortung und bringe noch zwei, drei Ergänzungen an, in Bezug darauf, was heute noch ausgeführt wurde. Auch hier ist es grundsätzlich unbestritten, dass dies eigentlich ein interessanter Ansatz ist und das Bedürfnis ist sehr nachvollziehbar. Wie es jedoch bereits schon mehrfach von dir, Manfred; erwähnt wurde, ist es eben nicht so einfach, dass man dann am Schluss dabei noch etwas Aussagekräftiges hat. Damit soll überhaupt nicht gesagt sein, dass Fragen wie die Steuerbelastung nicht wichtig wären oder die Verschuldung nicht wichtig wäre. Diese sind natürlich extrem wichtig. Aber sie in einer Art und Weise zu vergleichen, dass man dann auch etwas daraus ableiten kann oder dass eben ein gewisser Steuerungsmechanismus dahinterstehen soll oder ein Indikator, ist nicht so einfach. Ich möchte das kurz insbesondere an einem Beispiel erläutern. Eine sehr wichtige Kennzahl für uns ist der Nettoverschuldungskoeffizient. Für die, die nicht jeden Tag damit zu tun haben: Der Nettoverschuldungskoeffizient ist die Nettoverschuldung, die Nettoverschuldung ist unser Fremdkapital (alles, was wir jemandem schulden, kurz- oder langfristig) minus unser Finanzvermögen, also alles, was wir grundsätzlich liquide haben, nicht Verwaltungsvermögen, das, was wir nicht direkt benötigen für unsere Aufgabenerfüllung. Diese Differenz und danach wird das gerechnet durch den Steuertrag, standardisiert auf 100%, damit es eben nicht davon abhängig ist, wie hoch wir die Steuern effektiv ansetzen. Das heisst, diese Zahl gibt uns am Schluss einen Wert, der sagt: Ihr benötigt so und so viel Mal euer Jahressteuereinkommen auf Niveau 100%, um all eure Schulden zu zahlen. Von dem her ist es eine interessante Zahl. Wenn das bei 150% ist, dann heisst es, ihr bräuchtet eineinhalb Jahre Steuereinnahmen, um alle Schulden zu zahlen. Wenn es bei 50% ist, dann bräuchtet ihr nur ein halbes Jahr, um alle eure Schulden zu zahlen. Jeder Kanton verteilt seine Aufgaben etwas anders zwischen Kanton und Gemeinden. Baselland z.B. zentralisiert deutlich mehr als wir. Das heisst, in Baselland sind die Gemeindesteuersätze in der Regel nicht bei 100, 120, sondern zwischen 40 und 60. Das heisst, die Gemeindesteuern sind viel tiefer. Darum sind natürlich auch deren Nettoverschuldungskoeffizient in aller Regel viel tiefer. Denn sie nehmen quasi nur 40% Steuern ein gemessen am 100%-Steuersatz des Kantons. Das hat automatisch zur Folge, dass ihr Nettoverschuldungskoeffizient viel tiefer ist. Das ist fast mit allem so. Auch die Pro-Kopf-Verschuldung ist etwas verzerrt. Möglicherweise, je nachdem, wie hoch die Steuereinnahmen sind, kann es ein bisschen mehr oder weniger ins Gewicht fallen oder es sagt nicht gleich viel aus, ob man eine hohe oder tiefe Pro-Kopf-Verschuldung hat. Dies zu standardisieren und so vergleichbar zu machen, dass es wirklich sehr aussagekräftig ist, ist ziemlich schwierig. Die zweite Kategorie, die sehr interessant ist, das sind Finanzkennzahlen des Finanzhaushalts der Stadt. Es gäbe noch andere Kennzahlen, die sehr interessant sind. Nämlich zum Beispiel die Steuerbelastung. Bei der Steuerbelastung haben wir natürlich noch ganz andere Probleme. Die Steuerbelastung ist, wie es richtig ausgeführt wird, von der Gemeinde nur bedingt beeinflussbar. Entscheidend ist ja in der Regel die Gesamtsteuerbelastung und die Gemeindesteuer ist nur ein Aspekt davon. Ist das nun der richtige Parameter, um sich zu vergleichen? Long story short: Man kann es machen. Teilweise ist es auch nicht besonders aufwendig und es ist überhaupt keine Tragödie, wenn der Auftrag erheblich erklärt wird. Dann wird man vielleicht einfach solche Werte aufführen. Aber wenn man irgendeinen Wert will, den man möglicherweise als Steuerungselement ziehen kann und auch eine gewisse Bedeutung hat, dann müsste man vermutlich auf relative Entwicklungen

abstellen. Was möglicherweise interessant wäre, ist, wie man sich relativ zu einer anderen Stadt entwickelt. Unabhängig vom konkreten Niveau. Das könnte allenfalls einen Indikator geben, ob es in die richtige Richtung geht oder nicht. Das wird dann allerdings relativ schnell ziemlich aufwendig und könnte dann halt einen gewissen Ressourcenaufwand nach sich ziehen, um das auch entsprechend zu tracken. Also insgesamt beantragen wir eine Nichterheblicherklärung aufgrund dieser Ausführungen. Vielen Dank.

Jann Frey, Fraktion GO/JGO: Danke, Thomas, für die sehr ausführliche, mündliche Ergänzung von dem, was schon im Bericht und Antrag steht. Du hast eigentlich unsere Vermutung und Haltung sehr schön bestätigt, dass es sehr schwierig ist, die Finanzkennzahlen unserer Stadt mit anderen Städten zu vergleichen, ausser wir haben exakt die gleichen Grundlagen. Die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der von Manfred aufgezählten Städte besteht aber nur schon darin, dass sie in anderen Kantonen liegen und dort andere Aufgabenaufteilungen herrschen, wirklich sehr schwierig zu machen. Wir haben auch verschiedene Bevölkerungsstrukturen, unterschiedliche geografische Lagen und unterschiedliche wirtschaftliche Situationen, welche die Vergleichbarkeit mit unseren Zahlen einschränken. Ohne diesen Kontext wirklich genau zu analysieren und zu verstehen, sind solche Vergleiche potenziell irreführend und können falsche Schlüsse für unsere Entscheidungen nahelegen. Wir erwarten grundsätzlich, dass die Stadt Olten ihre finanzpolitischen Entscheidungen ökologisch nachhaltig und sozial gerecht gestaltet. Den Weg dorthin sehen wir nicht im Vergleich von Tabellen, sondern über eine kontextbezogene, ganzheitliche Betrachtung unserer Gegebenheiten und unter Berücksichtigung unserer ökonomischen, ökologischen und sozialen Ziele. Im vorliegenden Vorstoss erkennen wir deshalb keinen zusätzlichen Mehrwert für die politische Debatte und wir lehnen ihn deshalb ab.

Heinz Eng, Fraktion FDP: Auch die FDP-Fraktion sagt Manfred danke. Ich kann es aber vorwegnehmen, die FDP-Fraktion wird uneinheitlich abstimmen. Es gibt sowohl solche, die dafür sind als auch solche, die dagegen sind. Entsprechend gibt es sogar Enthaltungen. Dies aus folgenden Gründen: Sowohl die Pros wie Kontras möchte ich kurz erläutern. Aber zuerst zu dir, Thomas Fürst. Ich habe es nicht begriffen, was du gesagt hast. Ich habe nur ein Universitätsdiplom. Vielleicht hast du hier ein Dozent an der Alexander-Humboldt-Universität, Referat 3b, siebter Stock. Wenn du das noch etwas ausdrückst, dann ist deine Promovierung nur noch eine Frage der Zeit. Ich versuche es einfach einfacher zu sagen. Wir haben es in der Fraktion diskutiert. Manfred hat es gesagt, was eigentlich dafürspricht, ist die Ausgangslage. Wo stehen wir? Wo ist man im Raster? Das ist schwierig. Soweit habe ich es begriffen: Jede Stadt hat wieder andere Gegebenheiten, andere Parameter. Am Schluss ist es sehr schwierig, das Ganze auf einen Nenner zu bringen. Im Übrigen, Thomas, in eurer Dings wurde auch Rechnung getragen. Der Nettoverschuldungsquotient wird von euch beschrieben, dass er in einigen Kantonen so ist, in anderen Kantonen ist er etwas anders. Das ist wahrscheinlich nicht der beste Gradmesser. Es wäre sicher gut, für die, die dafür sind, eine Tabula Rasa oder einen gemeinsamen Nenner, eine gemeinsame Basis zu haben. Dann kann man das Ganze einmal simulieren mit den verschiedenen Städten, damit dann deinem Anliegen, Manfred Rechnung getragen wird, dass man eine Ausgangslage hat, wo die Stadt Olten überhaupt steht. Was dagegen spricht, ist, wie Jann gesagt hat, der Mehrwert. Wir mögen uns alle erinnern, an die epische Sitzung während der Budgetdebatte. Sieben Stunden, 117 Millionen. Am Schluss hatten wir auf diese sieben Stunden plus/minus 100'000, 150'000 als Resultat. Da kann man sich schon fragen. Wenn man jetzt die entsprechenden Ausführungen gehabt hätte, diese Werte oder die Ausgangslage, hätte das wirklich einen Mehrwert gebracht? Wäre da wirklich noch etwas zusätzlich mehr herausgekommen? Oder hätte das diese epische Debatte noch so entscheidend beeinflusst, dass es dann effektiv auch ein anderes Resultat gegeben hätte? Also da kann man auch effektiv sich selber fragen: Braucht es diese Kennzahlen noch zusätzlich, damit man im Rahmen dieser Budgetdebatte auch über das Budget mit allen Vor- und Nachteilen befinden kann? Wir von der FDP-Fraktion sind gespannt, wie es die anderen Parteien sehen. Im Vorfeld der Budgetdebatte ist ja immer die Finanzkommission, die dort vom Finanzverwalter bestens aufdatiert wird. Dann in den entsprechenden Parteien, Fraktionssitzungen wird dann das Budget auch noch einmal erklärt. Die Verwaltung respektive der Stadtrat ist da eigentlich immer flexibel genug, auch der Finanzverwalter, dass wenn

Fragen kommen, aus welcher Ecke auch immer, diese in kürzester Zeit entsprechend noch aufbereitet werden können. Und diese stehen nachher ganz sicher spätestens zur Budgetdebatte in voller Grösse und ganzem Umfang zur Verfügung. Ich muss nicht länger werden, wie schon gesagt, die Pros und Kontras halten sich in der FDP-Fraktion in etwa die Waage und so gesehen sind wir gespannt, wie es die anderen Parteien sehen, den Vorstoss erheblich oder nicht erheblich zu erklären.

Marc Winistörfer, Fraktion SVP: Ich habe mir notiert: «Mach es kurz beim Votum.» Vielleicht wird es etwas länger als ursprünglich gedacht. Ich beginne mit dem Ergebnis der Beratung aus unserer Fraktionssitzung. Wir unterstützen die Forderung der Mitte/GLP/EVP und werden dem Auftrag entsprechend zustimmen. Und zwar aus der Überzeugung, dass man in Olten im Steuerwettbewerb bestehen will mit anderen Gemeinden, auch Gemeinden aus anderen Kantonen. Die Konkurrenz muss im Auge behalten werden. Die Informationen sollten auch im Finanzplan oder in den Unterlagen, die wir erhalten, dargestellt werden. Jetzt noch einschränkend, wenn der Stadtrat bereit wäre oder die Bereitschaft signalisieren würde, dass er in Zukunft mindestens verstärkt auch auf Nachbarkantone und Gemeinden einging und auch diese Zahlen, zumindest jene, die vorhanden sind, im sinnvollen Rahmen darlegen würde, dann könnten wir uns zum Beispiel auch eine Erheblicherklärung mit gleichzeitiger Abschreibung (diese Möglichkeit haben wir ja vor etwa zwei Jahren mal eingeführt) vorstellen. Dies wäre für uns ein denkbarer Weg. Jetzt noch zu dem, was auch von meinen Vorrednern gesagt wurde. Auch von dir, Thomas. Es ist schon richtig: Die Vergleichbarkeit dieser Zahlen ist teilweise auf den ersten Blick nicht gegeben. Es ist nicht immer vergleichbar, wie das im Kanton Solothurn gehandhabt wird mit den Kennzahlen. Wir haben es früher auch schon x-mal in der Finanzkommission diskutiert. Heinz, du warst da, glaube ich, auch dabei. Urs Tanner hat die Schwierigkeiten auch immer wieder aufgezeigt, dass wenn man hier irgendwelche Kennzahlen in den Raum wirft, das Parlament diese Kennzahlen teilweise ziemlich beliebig verwendet und auch ein bisschen für die Diskussion missbraucht. Wenn es gerade passt, dann nehmen wir die oder wenn es eben nicht passt, dann nehmen wir sie weg. Das ist tatsächlich ein Problem. Wir haben es in der Finanzkommission auch schon diskutiert. Nichtsdestotrotz glaube ich, dass die Finanzverwaltung mit einem wirklich sehr kompetenten Finanzverwalter, den wir zum Glück ja mit Urs Tanner immer noch haben, durchaus in der Lage ist, gewisse Kennzahlen auch von Gemeinden ausserhalb des Kantons, die wirklich hilfreich sind, um unsere Entscheide hier im Parlament besser abzustützen, aufzubereiten und uns vorzulegen. Darum, glaube ich, wäre ein weiterer Blick durchaus angebracht. Daher unterstützen wir in dem Sinn die Forderung der GLP/Mitte/EVP-Fraktion. Danke.

Florian Eberhard, Fraktion SP/JSP: Auch wir bedanken uns herzlich für diesen Vorstoss. Die Fraktion SP/JSP lehnt ihn jedoch ab. Die vorgeschlagene Erweiterung der finanzpolitischen Vergleichsgrössen auf die ausserkantonalen Städte ist für uns weder zielführend noch praktikabel. Das Argument, das Thomas Fürst ausgeführt hat, dass sich die Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden in den einzelnen Kantonen zu stark unterscheidet, was die Vergleichbarkeit der Kennzahlen verzerren würde, hat uns sehr überzeugt. Eine solche Vergleichslogik trägt nicht nur nicht zur Qualität der Finanzplanung bei, sondern segregiert bei uns im Parlament entweder Handlungsbedarf für Sparmassnahmen, (egal, ob die jetzt wirklich bestehen) oder verleiten uns zu einer grosszügigen Ausgabenpolitik, wenn wir vermeintlich im Quervergleich plötzlich supergut dastehen. Wir sind aber grundsätzlich offen, dass man die bestehenden Vergleichswerte innerhalb des Kantons Solothurn vertiefen würde. Entscheidend scheint uns aber dabei, dass bei solchen Vergleichen auch Faktoren wie Zentrumsfunktionen etc. berücksichtigt werden. Oder aber, und da darf man durchaus auch über Kantonsgrenzen hinausschauen, wir werfen einen Blick in andere wirklich spannende Kennzahlen, wie wir im Gemeinderating in Bezug auf Lebensqualität oder Attraktivität unserer Stadt dastehen.

Tobias Oetiker, Fraktion OJ: Ich habe mein Fraktionsvotum in drei Teile aufgeteilt. 1. Unterschiedliche kantonale Aufgabenteilungen und Berechnungsmethoden verunmöglichen einen seriösen interkantonalen Vergleich. 2. Doch, sogar aussagekräftige Zahlen brächten

wenig, denn die Stadt kann weder Kantonssteuern noch Krankenkassenprämien beeinflussen.
3. Die wenigsten Menschen wählen ihren Wohnort nach Steuertabellen. Aufwand und Ertrag stehen bei diesem Auftrag in keinem Verhältnis.

Manfred Schoger (GLP): Vielen Dank für die zahlreichen Voten. Ich finde es schön, dass gewisse das Bedürfnis nachvollziehen können, dann aber sagen, es sei nicht ganz so einfach. Es ist so, es ist eine Verzerrung der Zahlen. Eine Standardisierung ist sehr schwierig. Aber das Schöne ist, man weiss, wieso die Zahlen verzerrt sind, und man könnte das auch in eine entsprechende Interpretation reinnehmen. Schwierig heisst nicht unmöglich. Die Frage ist schlussendlich: Wollen wir wissen, wo wir gegenüber den anderen stehen oder nicht? Ja, mir wäre auch ein grosser Vergleich sehr viel lieber, bei welchem viele Faktoren berücksichtigt werden könnten, die zuvor erwähnt wurden. Der Punkt ist einfach, wenn ich einen solchen Vorstoss eingebracht hätte, hätte es geheissen, es braucht einen neuen Bericht, es braucht neue Stellen, man hat keine Ressourcen und, und, und. Das wäre wirklich ein grosser Aufwand gewesen. Und meine Idee war es wirklich, mit einem kleinen Aufwand eigentlich etwas machen zu können, was für eine Standortbestimmung stimmt oder passt oder zu einer Standortbestimmung führt, innerhalb der gegebenen Berichte und Strukturen, die wir haben. Und ja, es ist so, die Finanzen sind ein Faktor. Aber ich glaube, es ist doch ein Teil, der vielleicht helfen könnte. Vielen Dank.

Beschluss

Mit 22 : 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Auftrag nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktionsleitenden entsprechende Direktion(en)

Auftrag Fraktion Mitte/GLP/EVP betr. Erweiterung der finanzpolitischen Grundsätze im Budget und Finanzplan - Erheblicherklärung

Abstimmungsergebnis insgesamt

13 JA 2 ENTH. 22 NEIN

Name	Vorname	Partei	Abstimmungsergebnis
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	JA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	JA
Bachmann	Beat	EVP	JA
Eng	Heinz	FDP	JA
Sager-Roth	Simone	FDP	NEIN
Walder	Andrea	FDP	NEIN
Huber	Christian	FDP	JA
Grieder	Sandy	FDP	ENTH.
Peduzzi	Gianluca	FDP	JA
Bloch	Simon	FDP	ENTH.
Käser	Tobias	GLP	JA
Huber	Silvia	GLP	JA
Schoger	Manfred	GLP	JA
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	NEIN
Graber	Regina	Grüne/Junge Grüne	NEIN
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	NEIN
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	NEIN
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	NEIN
Imhof	Olivia	Olten jetzt!	NEIN
Casura	Lara	Olten jetzt!	NEIN
Schöni	Laura	Olten jetzt!	NEIN
Mühleisen	Benjamin	Olten jetzt!	NEIN
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	NEIN
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	NEIN
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	NEIN
Bütschi	Kerstin	SP/Junge SP	NEIN
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	NEIN
Vögeli	Flurin	SP/Junge SP	NEIN
Kurt	Stefanie	SP/Junge SP	NEIN
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	NEIN
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	NEIN
von Arx	Christine	SP/Junge SP	NEIN
Bielser	Stephan	SP/Junge SP	NEIN
Winistörfer	Marc	SVP	JA
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	JA
Kiefer	Robin	SVP	JA
Neumaier	Lukas	SVP	JA

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 29. Januar 2026

Prot.-Nr. 35

Auftrag Yael Schindler Wildhaber und Jann Frey, Grüne, betr. Neophyten-Aktionsplan für Olten, Beantwortung

Zuhanden der Parlamentssitzung vom 19. Dezember 2024 wurde ein Auftrag von Yael Schindler Wildhaber und Jann Frey, Grüne, mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird gebeten, einen Aktionsplan mit konkreten Massnahmen inkl. Kostenabschätzung für die Bekämpfung von Neophyten in Olten zu prüfen. Der Aktionsplan soll sich an Massnahmen orientieren, die in anderen Städten bereits erfolgreich eingesetzt werden.

Begründung

Invasive gebietsfremde Pflanzen, sogenannte Neophyten, sind Pflanzen, welche absichtlich oder unabsichtlich eingeführt wurden. Sie breiten sich sehr effizient aus und verdrängen so die einheimische Flora, können die Gesundheit von Menschen und Tieren gefährden oder Schaden an Bauten verursachen. Invasive gebietsfremde Arten gehören zu den fünf Faktoren des globalen Wandels mit den grössten Auswirkungen auf die Natur.

In Olten gehören Kirschlorbeer, das einjährige Berufskraut, Schmetterlingsflieder und Goldruten zu den häufigsten Problempflanzen. Sie wurden in Garten angepflanzt, haben sich aber darüber hinaus stark verbreitet und finden sich bereits häufig im Wald, auf Brachen und auf Wiesen wieder. Seit dem 1. September 2024 dürfen die vier genannten sowie weitere invasive Pflanzen nicht mehr verkauft werden¹. Im Oltner Budget 2025 sind zudem Mittel für die Bekämpfung von Neophyten auf Gemeindegebiet eingestellt. Es besteht jedoch keine Verpflichtung, invasive Pflanzen in Privatgarten zu entfernen. So können sich die Pflanzen von dort wieder ausbreiten, was die Arbeit der Gemeinde zu einer Sisypusarbeit macht.

Hier setzt dieser Auftrag an. Ziel ist, möglichst viele Privatpersonen zu sensibilisieren und sie für einen Ersatz der Neophyten in ihrem Garten mit einheimischen Alternativen zu begeistern. Gleichzeitig sollen Neophyten auf dem Gemeindegebiet möglichst vollständig entfernt werden.

Dafür gibt es diverse Möglichkeiten, die auch in anderen Städten bereits erfolgreich angewendet werden: Informationskampagnen, Neophytensäcke zur gratis Entsorgung von Neophyten (z. B. die Städte Steffisburg² und Bern³ oder die Kantone LU und TG), Setzlingmärkte mit einheimischen Sträuchern, kostenlose Vermietung von Strauchzwingen (Stadt Bern), Sträuchertauschaktionen, bei denen exotische Sträucher aus dem Privatgarten durch heimische Pflanzen ersetzt werden können (Biel⁴), Rabattaktionen für die Entfernung von Neophyten im eigenen Garten oder geleitete Einsätze zur Neophytenentfernung auf dem Gemeindegebiet.

¹ <https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/86380.pdf>

² <https://www.steffisburg.ch/de/leben-in-steffisburg/energie-mobilitaet-umwelt/neophyten/>

³ <https://www.bern.ch/themen/umwelt-natur-und-energie/stadtnatur/pflanzen/invasive-neophyten>

⁴ [https://www.biel-bienne.ch/de/straechertausch-aktion.html/2775»](https://www.biel-bienne.ch/de/straechertausch-aktion.html/2775)

* * *

Stadträtin Marion Rauber beantwortet den Auftrag im Namen des Gesamtstadtrates wie folgt:

Die Bekämpfung von gebietsfremden Arten (Neobionten) umfassend Pflanzen (Neophyten) und Tiere (Neozoen) ist insbesondere dann eine wichtige öffentliche Aufgabe, wenn es sich um invasive Arten handelt, d. h. Lebewesen, die sich aufgrund ihrer Charakteristika einfach und rasch verbreiten, die kaum natürliche Feinde kennen und die dadurch anderen Pflanzen und Tieren zurückdrängen, in dem sie deren Lebensraum beschränken oder diese gar direkt zerstören oder auffressen. Invasive gebietsfremde Arten sind damit eine beträchtliche Gefahr für die Biodiversität und in einigen Fällen gar eine Gefahr auch für Menschen z. B. durch ein grosses allergenes Potential.

Die Bekämpfung von Neobionten ist deshalb auch für die Stadt Olten seit Jahren eine Daueraufgabe. Dabei gilt im Grundsatz, dass Aufwand und Kosten zur Eindämmung der Verbreitung von Neophyten und Neozoen bei geringer Verbreitung noch überschaubar sind, während bei zu langem Zuwarten diese tendenziell exponentiell zunehmen.

Auf öffentlichen Flächen haben Werkhof und Stadtgärtnerei heute die Neophyten Problematik mit den vorhandenen und budgetierten Mitteln relativ gut im Griff. Dazu werden eigene personelle Ressourcen eingesetzt. Für gezielte periodische Entfernungsaktionen werden auch Externe beauftragt. Die entsprechenden Kosten werden jährlich je nach Vegetationsentwicklung neu abgeschätzt und jeweils im Budget ordnungsgemäss aufgeführt.

Auf privaten Flächen hat die Stadt respektive der Werkhof und die Stadtgärtnerei aktuell weder Auftrag noch rechtliche Befugnis zur Bekämpfung von Neophyten. Private Liegenschaftseigentümer sind nicht verpflichtet, Neophyten auf ihrem Grundstück zu entfernen. Fallen den Mitarbeitenden des Werkhofs und der Stadtgärtnerei auf Privatflächen Neophyten-Bestände auf, die ein Eingreifen erfordern, werden die Eigentümer mittels eines freundlichen Briefes gebeten, die Neophyten zu entfernen, was in vielen Fällen gut funktioniert. Auf Anfrage geht der Werkhof auch auf Platz, um zu Neophyten zu beraten und holt grössere entfernte Mengen ab. Kleinere Mengen entfernter Neophyten können mit wenigen Ausnahmen via Grüngutabfuhr entsorgt werden, da das Oltnen Grüngut in die Kompogas-Anlage in Oensingen geliefert wird und dort Neophyten aufgrund der hohen Temperaturen im Vergärungsprozess vernichtet werden. Deshalb ist im Moment die Einführung eines «Neophytensacks» nicht vorgesehen.

Zum Schutz der Biodiversität und zur Vermeidung stark zunehmender Aufwände und Kosten in der Zukunft ist es sinnvoll, dass die Stadt Olten Massnahmen ergreift, welche die Bekämpfung von Neophyten durch private Liegenschaftseigentümer erhöht. Einerseits eröffnet die laufende Revision der Ortsplanung die Chance, jetzt Vorschriften vorzusehen, die private Eigentümer zur Bekämpfung von Neophyten verpflichten. Andererseits schaffen Massnahmen, die auf Information und Anreize setzen, möglicherweise mehr Verständnis und Engagement für die Biodiversität und die Neophytenbekämpfung. Denkbar wäre bspw. ein Angebot für Private, im Frühling und Spätherbst entfernte Neophyten im Werkhof gegen einheimische Ersatzpflanzen eintauschen zu können. Solche Massnahmen sind relativ kostengünstig (ca. Fr. 30-40'000.00 jährlich), erfordern aber eine gewisse Vorlaufzeit.

Der Stadtrat ist bereit zu prüfen, ob und in welcher Form das Engagement der Stadt Olten zur Bekämpfung von invasiven gebietsfremden Arten (Neophyten und Neozoen) verstärkt werden kann und beantragt, diesen Antrag erheblich zu erklären.

- - - -

Yael Schindler Wildhaber, Auftraggeberin: Die Fraktion GO/JGO bedankt sich beim Stadtrat für die positive Beantwortung des Prüfauftrags. Ich möchte auch gar nicht noch einmal darauf eingehen, warum die Bekämpfung von invasiven Neophyten so wichtig ist. Das steht ja alles schon in der Begründung des Auftragstextes. Ich gehe jetzt nur kurz auf die Beantwortung des Stadtrats ein. Es hat mich gefreut zu lesen, dass der Werkhof und die Stadtgärtnerei sagen, sie hätten die Neophytenproblematik auf öffentlichen Flächen relativ gut im Griff. In den Wäldern rund um Olten ist das aber leider nicht der Fall. Ich kenne beispielsweise viele Stellen,

wo sich die Kirschlorbeersträucher munter ausbreiten. Das Gleiche gilt für das einjährige Berufskraut. Auch das proaktive Vorgehen von Privatpersonen finde ich es sehr löblich. Vor allem, weil es gemäss Antwort des Stadtrats in vielen Fällen gut funktioniert. Und ich bin wirklich überzeugt, dass das sehr gut funktioniert. Denn ich denke, die meisten Leute, die Neophyten in den Gärten haben, wissen nicht, welches Problem es für die Umwelt und auch für den Menschen darstellt. Ich sehe aber, dass, wenn man durch die Oltner Quartiere läuft, ohne zu übertreiben, mindestens in jedem Strassenabschnitt Kirschlorbeeren, Schmetterlingsflieger, das einjährige Berufskraut oder Goldruten wachsen sieht. Da gibt es also ganz klar noch etwas zu tun. Vielleicht habt ihr es gesehen. Beim Eingang sind Flyer aufgelegt. Dieser wurde vom Kanton ganz frisch publiziert. Es hat mich sehr gefreut, als ich diese gesehen habe. Ich denke, eine Möglichkeit, um diesen Auftrag auszufüllen, wäre, zu schauen, dass diese Flyer zu allen Leuten ins Haus kommen. Vielleicht ist das vorgesehen, es würde mich sehr freuen. Denn, wie gesagt, ich glaube, die Sensibilisierung ist einfach noch nicht vorhanden. Weiter hoffe ich, dass ihr einseht, dass wir mit Neophyten ein Problem haben und dass ihr diesen Prüfauftrag erheblich erklären könnt. Merci.

Stadträtin Marion Rauber: Wir gehen mit den Grünen Auftraggebern einig, dass invasive Neophyten zunehmend unsere einheimische Biodiversität gefährden und unsere wertvollen Lebensräume auch mit ökonomischen Folgeschäden beeinträchtigen. Wir sind auch der Meinung, dass wir als Gemeinde Verantwortung tragen, dort, wo wir Einfluss haben, insbesondere natürlich auf öffentlichem Grund. Hier erlaube ich mir die Bemerkung, dass der Wald der Bürgergemeinde gehört und nicht der Einwohnergemeinde. Eine etwas andere Ausgangslage haben wir bei den Privatarealen. Wir sind jedoch überzeugt, dass dort eine langfristige, wirksame Strategie nicht auf Zwang beruhen sollte, sondern auf Information, Sensibilisierung und Kooperation. Der Respekt vor dem Privateigentum ist uns dabei wirklich zentral wichtig. Darum setzen wir aktuell auf einen, ich sage jetzt mal, zweistufigen Ansatz, welchen wir auch gerne beibehalten möchten. Dieser Ansatz ist wie folgt: Erstens versuchen wir auf öffentlichem Grund eine Vorreiterrolle einzunehmen. Wir gehen mit gutem Beispiel voran, entfernen die Neophyten auf den Gemeindeparzellen konsequent und ersetzen sie durch standortgerechte Pflanzen. Zweitens gehen wir in den Dialog mit der Bevölkerung. Wir möchten Privateigentümer/innen nicht bevormunden, sondern informieren, motivieren und allenfalls mit Unterstützungsangeboten zur Seite stehen. Sei es, wie es in der Beantwortung ausgeführt ist, in Form von Beratung, Pflanzenlisten, Entsorgungshilfe. Damit schlagen wir einen Weg ein, der ökologisch wirksam ist, rechtlich korrekt und wir denken auch gesellschaftlich tragfähig ist. Wir sind wirklich an diesem Thema dran, weil es ein wichtiges Thema ist. Diesen Flyer habe ich mitgebracht. Wir haben ihn auch vom Kanton zur Verfügung gestellt bekommen. Wir können uns auch überlegen, den mit dem Abfuhrplan zu verschicken. Das wäre sicher möglich. Entsprechend würden wir vorschlagen, diesen Auftrag erheblich zu erklären und gleichzeitig abzuschreiben, wenn das möglich wäre. Vielen Dank

Marc Winistörfer, Fraktion SVP: Bevor ich mein Fraktionsvotum halte, hätte ich noch eine Frage zum Vorgehen. Ist es ein Antrag, dass man es gleichzeitig abschreiben würde, sollte man es davor überweisen? Ist es möglich, dass der Stadtrat dies beantragen kann? Okay. Der Herr Jurist in der ersten Reihe rollt gerade mit den Augen. Sind das Zweifel? (*Unverständlicher Einwurf aus dem Hintergrund.*) Nein, einfach, damit wir wissen, worüber wir abstimmen. Es ist durchaus etwas, was unsere Haltung beeinflussen könnte. Also, der Rechtskonsulent ist nicht mehr da, wie ich sehen. Gut, dann kommen wir zu meinem vorbereiteten Votum: Wir haben als Fraktion durchaus Sympathien mit der Forderung, wenn es darum geht, die Bevölkerung über die negativen Folgen von Neophyten zu informieren. Bei uns überwiegen jedoch die Bedenken, dass man nachher eigentlich eine Doppelspurigkeit oder Tripelspurigkeit schafft. Darum werden wir ablehnen, mindestens bis jetzt, ausser wenn man es überweist und umgehend abschreibt. Wir würden wahrscheinlich noch Debatten abwarten, um uns definitiv zu entscheiden. Aber wieso befürchten wir eine Doppelspurigkeit oder Tripelspurigkeit? Bereits heute, wir haben es schon gehört, gibt es online Informationen vom kantonalen Amt für Umwelt. Es hat auch Broschüren, wie wir gerade vorher gehört und gesehen haben, die die Bekämpfung von Neophyten oder eben Informationen zu Neophyten beinhalten. Auch das Bundesamt für Umwelt (wo, ich glaube, die Auftraggeberin arbeitet) stellt solche Informationen

online zur Verfügung. Wahrscheinlich gibt es auch irgendwelche Merkblätter, die eventuell vorhanden sind. Das habe ich nicht abgeklärt. Es werden weitere Massnahmen genannt, zum Beispiel spezielle Neophyten-Säcke. Diese funktionieren eben nur, wenn die Privaten auch gewillt sind, Pflanzen zu ersetzen. Wir glauben nicht, dass die Abfallentsorgung das Problem ist. Oft hat, wie vom Stadtrat erwähnt, eine gut funktionierende Grünabfallentsorgung. Hier ein Gratisangebot zu schaffen, würde wahrscheinlich wenig verändern. Auch die weiteren Massnahmen, die erwähnt sind, da schliessen wir uns dem Stadtrat an. Ich kann es ein wenig abkürzen. Ich glaube auch nicht, dass das entscheidend ist. Wichtig ist sicher die Information. Aber wie schon gesagt, die Informationen sind reichlich vorhanden. In der Summe waren wir bis jetzt der Meinung, wir überweisen den Auftrag nicht. Je nachdem, wie die Debatte verläuft, wenn es den Antrag gibt, dass man es gerade abschreiben würde, erlaube ich mir stellvertretend für meine Fraktion, zu sagen, ohne Rücksprache genommen zu haben, dass wir da wahrscheinlich mitgehen könnten.

Vivek Sharma, Fraktion OJ: Vielen Dank für den wichtigen Auftrag, Yael und die anderen Auftragstellenden. Es ist ja klar, invasive Neophyte sind eine ernsthafte Bedrohung für die Biodiversität. Da sehen wir auch ein. Man muss jetzt nicht sehr viel dazu sagen. Wie bei sehr vielen anderen Sachen ist Prävention und Bekämpfung entscheidender und meistens effizienter und kostengünstiger als nachher zu probieren, den Schaden zu beheben. Stadträtin Marion Rauber hat bereits eine gute und kostengünstige Idee mit den Setzlingen erwähnt. Und wie die Auftraggebenden schon gesagt haben, können wir nicht nur den öffentlichen Boden betrachten. Auch die Privaten müssen sensibilisiert werden, dass allfällige Neophyten in ihrem Garten bekämpft werden. Ich denke, die Sensibilisierung der Bevölkerung bleibt wichtig und wir sind gespannt, welche weiteren Massnahmen der Stadtrat vornehmen will. Wir werden dem Auftrag zustimmen. Vielen Dank. Eine letzte Bemerkung. Marc Winistörfer, danke für dein Votum. Ich bin mir nicht ganz sicher. Wir haben bereits eine gut funktionierende Entsorgung. Ich glaube aber, Neophyten sollte man nicht einfach im Kompost, sondern im Abfall entsorgen. Das ist alles. Danke.

Sandy Grieder, Fraktion FDP: Wir haben uns mit diesem Auftrag etwas schwergetan, vor allem, weil uns nicht klar war, in welche Richtung er schlussendlich gehen soll. Stadträtin Marion Rauber hat diesbezüglich dazu gerade noch ein bisschen Klarstellung gegeben. Ich sage nun aber trotzdem, wie wir diesen Auftrag gelesen haben. Im Auftrag ist von einem Aktionsplan mit konkreten Massnahmen und einer Kostenschätzung die Rede. Das lässt viel Spielraum zu. Rein vom Text her könnte es um Informationen, Sensibilisierung oder freiwillige Aktionen gehen. Dagegen hat die FDP grundsätzlich nichts einzuwenden, solange es verhältnismässig ist und in einem vernünftigen finanziellen Rahmen bleibt. Wir anerkennen das Problem mit invasiven Neophyten. Wir sehen auch, dass eine Reduktion dieser Pflanzen auf Privatgrund die Arbeit des Werkhofs langfristig entlasten könnte. Problematisch wird dieser Auftrag aber, wenn wir die Begründung und vor allem die Antwort des Stadtrats lesen. In der Beantwortung wird explizit erwähnt, dass die Revision der Ortsplanung die Möglichkeit eröffnen würde, Privateigentümer zur Bekämpfung von Neophyten zu verpflichten. Genau hier liegt das Problem für die FDP. Bis jetzt ist klar, Privateigentümer sind nicht verpflichtet, Neophyten auf ihrem Grundstück zu entfernen. Wir fragen uns auch, ob hier eine Richtungsänderung vorbereitet wird, die am Schluss zu neuen Verpflichtungen und Pflichten für Private führt und inwiefern das umsetzbar wäre. Dies lehnt die FDP klar ab. Privateigentum und Eigenverantwortung sind für uns zentral. Wir glauben nicht, dass mit Zwang und neuen Regulierungen mehr Verständnis oder mehr Engagement erreicht wird. Darum sagen wir: Sensibilisierung und freiwillige Massnahmen, ja. Wir sind davon überzeugt, dass die Privaten das freiwillig machen, wenn man ihnen auch aufzeigt, wieso die Bekämpfung wichtig ist. Aber haben wir das überhaupt schon versucht? Wir haben rasch auf der Homepage des Werkhofs nachgeschaut und dort steht z.B. nicht, was Neophyten sind oder wie man sie entsorgen könnte. Wir könnten ja mal damit anfangen. Zu verpflichtenden Massnahmen für Privateigentümer sagen wir klar «nein». Wie wir nun abstimmen werden und in welche Richtung es geht, kann ich jetzt auch nicht mehr so sagen. Aber sollte diese Verpflichtung weiterhin bestehen, würden wir den Auftrag aus diesem Grund klar ablehnen. Danke.

Manfred Schoger, Fraktion GLP/Mitte/EVP: Unsere Fraktion nimmt sehr erfreut zur Kenntnis, dass die Stadt Olten auf öffentlichem Gebiet schon sehr viel unternimmt und gemäss eigenen Aussagen mit dem eigenen Werkhofpersonal die Sachen eigentlich mehrheitlich gut im Griff hat. Dass die Stadt Olten bei Privaten nicht aktiv tätig sein kann, liegt auf der Hand. Und genau darum nehmen wir auch sehr erfreut zur Kenntnis, dass Privatpersonen ein lieber Brief geschrieben wird, wenn man sieht, dass dort invasive Arten ein Problem sein könnten. Und dass man Privatpersonen so versucht aufzufordern, etwas dagegen zu unternehmen. Und auch wir sind der Meinung, dass es eigentlich gut funktioniert. Auf Wunsch gibt es Beratungen und der Werkhof kann auch grössere Mengen an invasiven Arten abholen. Wir haben es auch gelesen: Dadurch, dass das Grüngut aus Olten vergast wird, können auch kleinere Mengen auf diesem Entsorgungsweg entsorgt werden. Und so gibt uns der Stadtrat eigentlich schon gute Argumente, die uns bis jetzt eigentlich dazu veranlassen haben, diesem Antrag oder Vorstoss nicht zuzustimmen. Wir sind der Meinung, dass eine verstärkte Sensibilisierung etwas ist, das helfen kann, was wichtig ist, was es unbedingt braucht. Aber zusätzliche Massnahmen, wie sie erwähnt worden sind, sehen wir auch weniger. Wenn es jetzt dazu führt, dass dieser Antrag direkt abgeschrieben werden sollte, dann würden wir dem zustimmen. Ansonsten wird ein Grossteil von uns auch ablehnen, andere sind noch unentschieden. Vielen Dank.

Florian Eberhard, Fraktion SP/JSP: Die Fraktion SP/JSP unterstützt den Auftrag für einen Neophyten-Aktionsplan ausdrücklich. Danke, Yael und Jan an dieser Stelle für diesen Vorstoss. Und merci auch, Marion, für euer schon bestehendes Engagement. Der Schutz der Biodiversität ist eine zentrale Aufgabe und verdient eine proaktive, wirksame Strategie. Und dies lieber früher als später. Jetzt nicht aktiv werden führt dazu, dass sich die aktuelle Ausbreitung eben noch weiter ausbreitet und es langfristig definitiv nicht günstiger wird. Und für eine Sensibilisierung braucht es Zeit, bis sie tatsächlich auch ihre Wirkung entfaltet. Dieser Vorstoss bringt konkrete, erprobte Massnahmen ins Spiel, die sowohl eine ökologische wie auch eine gesellschaftliche Wirkung entfalten können. Eine Sensibilisierung und eine aktive Einbindung der Bevölkerung ist dabei essenziell, ohne belehrend sein zu wollen. Das Vorgehen bezüglich Abschreibens ist uns noch nicht ganz klar und wir wären nachher froh um eine Einordnung über das Vorgehen durch das Präsidium und um eine Einschätzung der Grünen zum postulierten Vorgehen durch Marion. Danke.

Yael Schindler Wildhaber, Fraktion GO/JGO: Wir haben bewusst offengelassen, wie ein Aktionsplan aussehen soll. Wir haben Experten in der Stadtgärtnerei und wir wollten es für sie offenlassen, damit sie schauen können, was am meisten Sinn macht. Wir haben nicht unendliche Finanzen, das wissen wir alle. Also, was macht Sinn? Wo kann man ansetzen? Und ja, wir haben auch nie gesagt, es gehe um einen Zwang, sondern wir haben immer von einer Sensibilisierung gesprochen. Es ist klar, wir haben keine gesetzliche Grundlage, zumindest bis jetzt, für einen Zwang, stattdessen geht es um Sensibilisierung. So steht es auch im Auftragstext geschrieben: «Ziel ist es, möglichst viele Privatpersonen zu sensibilisieren und sie für einen Ersatz der Neophyten in ihrem Garten mit einheimischen Alternativen zu begeistern.» Es stimmt, Marc, es gibt sehr viele Informationen beim BAFU, beim Kanton. Das ist sehr gut und wir haben auch nicht gesagt, man müsse etwas Neues erfinden. Das ist ja genau das Gute, es ist eigentlich alles da. Das Wissen ist da, aber es ist noch nicht in der Bevölkerung. Und gemeint ist einfach das Level, das am nächsten bei der Bevölkerung ist. Also wir können wirklich an die Bevölkerung herantreten, weil man nicht erwarten kann, dass Leute, die noch nie von Neophyten gehört haben, aber den ganzen Garten voller Kirschlorbeer haben, auf die Idee kommen und denken: «Ah, der Kirschlorbeer, ist vielleicht gar nicht so schlau. Ich gehe doch jetzt mal beim BAFU schauen, was dort auf der Homepage steht.» Die kommen gar nicht auf diese Idee. Darum sage ich, man muss den Flyer allen in den Briefkasten werfen und man muss die Briefe schreiben, wie es scheinbar schon gemacht wird. Ich habe einfach das Gefühl, dass es wahrscheinlich eben noch nicht so häufig gemacht wird, so wie ich das sehe. Also vor allem, wenn geschrieben steht, es sei ein Erfolg. Also bei uns in der Strasse hat es wirklich bei jedem zweiten Haus irgendetwas. Und ich übertreibe nicht, ihr müsst mal dort entlanglaufen, mit dem Flyer und die Augen offenhalten und dann schauen, was sind alles Neophyten. Also es hat wirklich viel. Darum sind wir auch

gegen die Abschreibung. Ich habe das Gefühl, es ist schon noch einiges zu machen. Das heisst nicht, dass es mega Kosten zur Folge haben wird. Der Stadtrat sagt ja sogar, man soll das prüfen und sagen, wie teuer es ist. Ich denke, die Flyer erhält man vom Kanton gratis und man kann sie einfach beim Versand beilegen, wie es Marion zuvor vorgeschlagen hat. Man kann mal einen Setzlingsmarkt veranstalten. Benjamin Pipa, unser City Manager, kann mal einen solchen Anlass machen. Also es gibt vieles, was man sehr niederschwellig machen kann und womit man schon viel erreichen kann. Also davon bin ich überzeugt. Vielen Dank.

Stadträtin Marion Rauber: Ich habe mich mit der Stadtkanzlei abgesprochen und ich als Stadträtin darf unseren Antrag im Namen des Stadtrats abändern. Wir beantragen, den Antrag erheblich zu klären und gleichzeitig abzuschreiben. Ich würde euch vorschlagen, den Antrag abzuschreiben, weil man jetzt auch aufgrund der Diskussion gehört hat, dass das Thema, die Sensibilisierung, in den Vordergrund gestellt werden soll und dass wir nicht Leute bevorzugen wollen. Ich glaube, da sind wir uns alle sehr einig. Und allfällige Massnahmen – wir haben es geschrieben – würden ja, eine gewisse Vorlaufzeit benötigen. Wir würden es sowieso ins Budget einstellen und dann könntet ihr wieder darüber debattieren. Und im Sinn der Effizienz, um Vorstösse ein bisschen abzuarbeiten, würden wir diesen gerne abschreiben.

Parlamentspräsidentin Ursula Rüegg: Wenn wir gleich darüber abstimmen, müsste jemand, der nicht will, dass man gleichzeitig erheblich erklärt und abschreibt, jetzt diesbezüglich einen Antrag stellen.

Tobias Oetiker (OJ): Drei Gründe für die Erheblicherklärung dieses Auftrags. 1. Kostenverminderung: Frühzeitiges Handeln ist günstiger, als wenn man zuwartet, bis man die Neophyten, die dann überall sind, entfernen muss. 2. Nachhaltige Wirkung: Durch den Einbezug von Privaten wird die städtische Bekämpfung wirksamer. Neophyten breiten sich nicht mehr ständig aus den Gärten hinaus in den Rest der Welt. 3. Der Schutz von Biodiversität und Gesundheit: Einheimische Arten werden geschützt, allogene und schädliche Pflanzen eingedämmt. Und dann möchte ich noch den Antrag stellen, dass es in zwei Abstimmungen aufgeteilt wird.

Parlamentspräsidentin Ursula Rüegg: Habe ich dich richtig verstanden, Tobias Oetiker? Ihr wollt die Aufteilung.

Tobias Oetiker (OJ): Ja.

Parlamentspräsidentin Ursula Rüegg: Gut, das wird so zur Kenntnis genommen.

Christine von Arx (SP): Ich bin der Meinung, dass es hierfür nicht einmal einen Antrag für zwei Abstimmungen braucht. Es sind zwei verschiedene Anträge, die werden separat abgestimmt. Antrag von uns hin oder her. Es ist ein Antrag auf erheblich erklären und ein Antrag auf Abschreiben. Und da gibt es alle Varianten, wie man abstimmen kann.

Parlamentspräsidentin Ursula Rüegg: Danke, Christine von Arx. Dann würden wir jetzt zuerst über die Erheblichkeit abstimmen.

Beschluss

Mit 24 : 13 Stimmen wird der Auftrag erheblich erklärt.

Christine von Arx (SP): Ich möchte, dass man nochmals abstimmt mit der richtigen Fragestellung. Nämlich: Abschreiben ja oder nein. Und nicht «erheblich erklären und abschreiben», dies wollte ich nicht zum Ausdruck bringen. Mit dem Nein-Stimmen wollte ich auch nicht sagen, ich möchte diesen Auftrag nicht als erheblich erklären. Die erste Abstimmung, die wir hatten, war klar. Erheblich erklären «ja» oder «nein». Die zweite Abstimmung ist: Abschreiben, «ja» oder «nein». Alleine diese Frage. Darum bin ich der Meinung, wir müssen nochmals abstimmen mit der richtigen Frage.

Parlamentspräsidentin Ursula Rüegg: Also, jetzt wird die Abstimmung über die Abschreibung angezeigt.

Simone Sager (FDP): Vorhin stand bei uns auf dem Display, «erheblich erklären und abschreiben», als wir um die Abschreibung [sic] abstimmten. Darum gehe ich mit Christine einig. Wahrscheinlich wurde es bei uns falsch angezeigt.

Parlamentspräsidentin Ursula Rüegg: Gut, danke. Dann starten wir nun mit der Abstimmung über die Abschreibung.

Beschluss

Mit 22 : 14 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Antrag nicht abgeschrieben.

Mitteilung an:
Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

Auftrag Yael Schindler Wildhaber (GO), Jann Frey (GO) betr. Neophyten-Aktionsplan für Olten - Erheblicherklärung

Abstimmungsergebnis insgesamt

24 JA 0 ENTH. 13 NEIN

Name	Vorname	Partei	Abstimmungs- ergebnis
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	JA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	JA
Bachmann	Beat	EVP	JA
Eng	Heinz	FDP	NEIN
Sager-Roth	Simone	FDP	NEIN
Walder	Andrea	FDP	NEIN
Huber	Christian	FDP	NEIN
Grieder	Sandy	FDP	NEIN
Peduzzi	Gianluca	FDP	NEIN
Bloch	Simon	FDP	NEIN
Käser	Tobias	GLP	NEIN
Huber	Silvia	GLP	NEIN
Schoger	Manfred	GLP	NEIN
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	JA
Graber	Regina	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	JA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	JA
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	JA
Imhof	Olivia	Olten jetzt!	JA
Casura	Lara	Olten jetzt!	JA
Schöni	Laura	Olten jetzt!	JA
Mühleisen	Benjamin	Olten jetzt!	JA
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	JA
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	JA
Bütschi	Kerstin	SP/Junge SP	JA
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	JA
Vögeli	Flurin	SP/Junge SP	JA
Kurt	Stefanie	SP/Junge SP	JA
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	JA
Bielser	Stephan	SP/Junge SP	JA
Winistörfer	Marc	SVP	NEIN
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	JA
Kiefer	Robin	SVP	NEIN
Neumaier	Lukas	SVP	NEIN

Auftrag Yael Schindler Wildhaber (GO), Jann Frey (GO) betr. Neophyten-Aktionsplan für Olten - Abschreibung

Abstimmungsergebnis insgesamt

14 JA 1 ENTH. 22 NEIN

Name	Vorname	Partei	Abstimmungs- ergebnis
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	JA
Fiechter	Darryl	Die Mitte	NEIN
Bachmann	Beat	EVP	NEIN
Eng	Heinz	FDP	JA
Sager-Roth	Simone	FDP	JA
Walder	Andrea	FDP	JA
Huber	Christian	FDP	JA
Grieder	Sandy	FDP	JA
Peduzzi	Gianluca	FDP	JA
Bloch	Simon	FDP	JA
Käser	Tobias	GLP	JA
Huber	Silvia	GLP	JA
Schoger	Manfred	GLP	JA
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	NEIN
Graber	Regina	Grüne/Junge Grüne	NEIN
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	NEIN
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	NEIN
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	NEIN
Imhof	Olivia	Olten jetzt!	NEIN
Casura	Lara	Olten jetzt!	NEIN
Schöni	Laura	Olten jetzt!	NEIN
Mühleisen	Benjamin	Olten jetzt!	NEIN
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	NEIN
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	NEIN
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	NEIN
Bütschi	Kerstin	SP/Junge SP	NEIN
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	NEIN
Vögeli	Flurin	SP/Junge SP	NEIN
Kurt	Stefanie	SP/Junge SP	NEIN
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	NEIN
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	NEIN
von Arx	Christine	SP/Junge SP	NEIN
Bielser	Stephan	SP/Junge SP	NEIN
Winistörfer	Marc	SVP	JA
Kiefer	Robin	SVP	JA
Neumaier	Lukas	SVP	JA
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 29. Januar 2026

Prot.-Nr. 36

Auftrag der Fraktion SP/JSP betr. Badi-Areal für alle: Bewegung und Begegnung auch im Winter/Beantwortung

Zuhanden der Parlamentssitzung vom 30. Januar 2025 wurde eine Anfrage der SP / Junge SP Fraktion, mit folgendem Wortlaut, eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt, möglichst grosse Teile der Badi-Areals als Park- und Freizeitanlage für eine Winternutzung zu öffnen und allfällige niederschwellige und kostenlose Angebote für die Bevölkerung zu prüfen.

Begründung:

Freizeit und der Zugang zu öffentlichen Flächen sind wesentliche Elemente gesellschaftlicher Inklusion. Viele Familien in Olten leben in beengten Wohnverhältnissen und verfügen über begrenzte finanzielle Mittel. Gleichzeitig sind konsumfreie, frei zugängliche Grünflächen ein zentraler Bestandteil eines attraktiven und integrativen öffentlichen Raums.

Das Badi-Areal in Olten mit rund 30'000 m² zentraler städtischer Fläche bleibt aktuell während acht Monaten im Jahr ungenutzt und für die Öffentlichkeit unzugänglich. Diese Fläche könnte als konsumfreie Zone, Ort der Begegnung und Raum für Bewegungsförderung im öffentlichen Raum genutzt werden. Sie bietet grosses Potenzial, um allen Bevölkerungsschichten freien Zugang zu einem attraktiven Grünraum und Uferzone zu ermöglichen.

Im Rahmen der laufenden Ortsplanungsrevision, die langfristige Regelungen für die Nutzung solcher Flächen schafft, ist es wichtig, die Winteröffnung des Badi-Areals bereits jetzt anzudenken. Olten verfügt über zu wenige öffentliche Grünflächen und «weiche Plätze», die flexibel für sportliche Aktivitäten, Erholung und soziale Begegnungen genutzt werden können.

Die Frage der sinnvollen und raumverträglichen Nutzung der Flächen bleibt bewusst offen. Es liegt am Stadtrat, eine ortsverträgliche und sinnstiftende Nutzung zu entwickeln, die einer möglichst breiten Bevölkerung zugutekommt. Nutzungen, die potenzielle Konflikte wie etwa hygienische Risiken für die Beckenanlagen oder Sicherheitsrisiken bergen könnten, sollen dabei ausgeschlossen oder mit den entsprechenden Massnahmen berücksichtigt werden können.

Eine Winteröffnung des Badi-Areals würde eine Bereicherung für die Öffentlichkeit darstellen. Niederschwellige und kostenlose Angebote könnten neue Treffpunkte schaffen und kreative Nutzungsmöglichkeiten fördern.»

* * *

Stadträtin Marion Rauber beantwortet den Auftrag im Namen des Gesamtstadtrates wie folgt:

Der Stadtrat teilt das Anliegen der Auftraggebenden, dass der Zugang zu öffentlichen Grünflächen einen positiven Effekt auf die physische und psychische Gesundheit der Einwohnenden hat und wichtig ist. Gut gestaltete öffentliche Flächen erhöhen die Lebensqualität

und machen eine Gemeinde attraktiver. Dem wird in Olten in den letzten Jahren auch bewusst Rechnung getragen.

In der Begründung des Auftrages gehen folgende Annahmen fehl: Die Nutzung des Badiareals kann ausserhalb der Ortsplanungsrevision beschlossen werden. Diese bedingt die Zustimmung zu den erforderlichen finanziellen Mitteln und personellen Ressourcen für den Umbau und ausserseasonalen Betrieb des Areales. Das Badi-Areal ist zudem nur während fünf Monaten ungenutzt. Neben den Öffnungszeiten gilt es auch genügend Zeit für die Vor- und Nachbereitung des ordentlichen Badbetriebes einzuplanen.

Die bereits versuchsweise ganzjährige Öffnung des westlichen Teils der «Badiwiese» hat sich nicht bewährt, weshalb in der Folge darauf verzichtet wurde. Die Gründe waren insbesondere, dass die Wiese in den Wintermonaten nur von wenigen Personengruppen in Anspruch genommen wurde. Mit der Reinigung der Flächen von Hundekot und Abfall war damit trotzdem ein grosser Aufwand verbunden. Es galt dies mit besonderer Sorgfalt umzusetzen, da unerwünschte «Hinterlassenschaften» im Badbetrieb zu Verletzungen oder Übertragungen von Keimen und Krankheitserregern führen.

Da die Werkeigentümerhaftung bei der Stadt liegt, bedingt die Nutzung des Badiareales ausserhalb der ordentlichen Betriebszeiten Umbau- und Unterhaltsarbeiten. Die im Auftrag geforderten niederschweligen und kostenlosen Angebote für die Bevölkerung bedingen eine entsprechende Infrastruktur und/oder Personal.

Für eine mögliche Winteröffnung des Badiareals ist ein Betriebskonzept erforderlich. Der Stadtrat ist gewillt, den Prüfauftrag entgegenzunehmen und einen entsprechenden Betrag für die Ermittlung der Grundlagen sowie der notwendigen Betriebs- und Investitionskosten ins Budget 2026 aufzunehmen. Im Anschluss kann die zuständige Instanz im Rahmen einer ordentlichen Vorlage über eine Öffnung entscheiden.

- - - -

Daniela Minikus, Auftraggeberin: Besten Dank fürs Prüfen dieses Auftrags. Wir begrüßen es sehr, dass diese zentrale Fläche in Olten eine grosse Wichtigkeit darstellt. Wir meinen aber schon auch, dass das Thema durchaus auch mit der Revision der Ortsplanung betrachtet werden darf. Mit der Entwicklung der Schützenmatte, mit dem Masterplan, bleiben doch auch Themen, die wir alle kennen. Wohin mit dem Parkplatz? Wohin mit dem Freiraum und der Grünfläche? Wohin mit dem Dünnern-Hochwasser? Wohin mit der Chilbi? Und was machen wir mit der Anbindung in die Stadt? Diese Sichtweise unterstreicht doch einen hohen Anspruch und eine maximale Erwartung an das Schützenmatte-Areal. Aber da kann sich plötzlich auch eine Ernüchterung einschleichen. Denn wenn eine Diskrepanz zwischen Erwartungen und baulich-finanziellen Grenzen an dieses «Atterial» [sic] deutlich werden soll, muss eine anpassungsfähige Lösung hergeführt werden. In dieser Richtung sehen wir das eigentlich auch. Wegen der wertvollen Zentrumsnähe sehen wir die Massnahme einer Winternutzung, dass der Betrachtungssperimeter des ganzen Areals erweitert werden soll. Das Badiareal hat das Potenzial, dass Zugänglichkeit für die Allgemeinheit geschaffen werden kann und dass der Raum attraktiver gestaltet wird. Mit der Definition der Winternutzung und der Bespielung dieser Flächen soll das Anliegen, unser Anliegen, an Bedeutung gewinnen. Im Leitbild 4 der Ortsplanung werden Entwicklungsgebiete mit grosszügigen Ausserräumen bezüglich Aufenthalts, der Biodiversität und dem Mikroklima erwähnt, Freiräume wie Parks, Plätze sowie Kleinräumung potenzielle und bisher ungenutzte Nischen sollen im Stadtgefüge aufgewertet werden. Wir meinen, das Areal soll im Winter für die Öffentlichkeit erstmals zugänglich gemacht werden. Denn in Olten hat es einen Mangel an öffentlichen Grünflächen und weichen Plätzen, die für vielseitige Nutzungsmöglichkeiten geeignet wären und eine dringend nötige Bereicherung für die Bevölkerung darstellen sollten. Sei es ein Ort der Begegnung oder der Erholung. Was die Bewirtschaftung betrifft, sehen wir es so, wie es bei den öffentlichen Plätzen gehandhabt wird. Nutzungsregelungen und Pflege, so kennen wir es eigentlich auch bei unserem Stadtpark. Wenn die Nutzung des Badiareals auch unabhängig der laufenden

Ortsplanrevision beschlossen werden soll, so wie es der Stadtrat auch beantwortet, nehmen wir das gern zur Kenntnis und wir können das eigentlich auch unterstützen. Auch gut, finden wir. Und wir sind davon überzeugt, dass sich die Stadt auf der linken Seite, also auf dieser Stadtseite, mit einer parkartigen Anlage zur Aare hin öffnen soll. Die Aare ist ein wichtiges Landschaftselement der Stadt Olten. Wir stellen uns die Frage immer wieder, wie die Zukunft aussehen soll mit dem Zugang zur Aare. Das Bestehen von städtischen Grün- und Freiräumen muss in einer Raumplanung immer ständig legitimiert werden. Darum sehen wir den ersten Schritt in die richtige Richtung. Dort beginnen, wo es leichtfällt und gerade dort, wo zu einem grossen Teil schon Gutes vorhanden ist. Dies hat auch viel mit Nachhaltigkeit zu tun und das sehen wir in diesem Badiareal in einem ersten Schritt mit einer Winternutzung. Nachhaltige Nutzung öffentlicher Plätze bedeutet auch, ökologische Ziele mit sozialen Aspekten festzulegen. Wir sind an diesem Ort gerne visionär. Das betrifft auch das Zentrum und die Entwicklung in Olten. Und dass in der Zukunft sich Bedürfnisse von grünen Infrastrukturen in ökologische, soziale und ökonomische Vorteile bieten können und dies auch richtig betrachtet wird. In diesem Sinn, danke für das Wort.

Stadträtin Marion Rauber: Ich danke den Initiantinnen und Initianten für den Vorstoss. Die Idee, städtische Räume auch im Winter zugänglich zu machen, entspricht einem Bedürfnis nach Begegnung, Bewegung und konsumfreien Zonen, insbesondere in einer verdichteten Stadt wie Olten. Wichtig ist zu festhalten, dass wir hier von einem städtischen Gelände sprechen, das hohe Anforderungen an Sauberkeit und Sicherheit stellt. Nicht zuletzt, weil es während sieben Monaten im Jahr (mit Vor- und Nachbereitungszeit) als Badeanstalt betrieben wird. Rückstände oder Beschädigungen im Winter können massive Auswirkungen auf den Sommerbetrieb haben. Darum ist das Areal etwas spezieller zu betrachten als eine sonstige Parkanlage. Ein entscheidender Punkt, den ich unbedingt erwähnen möchte, ist, dass die Stadt als Eigentümerin dieses Badiareals haftbar ist. Auch im Winter. Das heisst konkret, wenn jemand auf diesem Gelände ausrutscht, sich an einer nicht gesicherten Einrichtung verletzt oder es zu einem Unfall kommt, haften wir als Stadt gemäss dem Obligationenrecht mit der sogenannten Werkeigentümerhaftung. Damit verbunden ist ein hoher Anspruch an Unterhalt, Kontrolle und Sicherheit auch bei Schnee, Glätte oder Dunkelheit. Ohne zusätzlichen personellen und finanziellen Aufwand für Massnahmen lässt sich das nicht bewerkstelligen. Die Verantwortung, die ich hier anspreche, ist nicht theoretisch, sondern ganz konkret. Sobald wir das Areal öffnen, müssen wir für die Sicherheit sorgen, sei das durch regelmässige Kontrollen, Schneeräumungen, Beleuchtungen oder Absperrungen. Das ist nicht nur sehr teuer, sondern braucht auch eine sorgfältige Planung und es braucht Personal. Der Stadtrat teilt das Anliegen, dass es in einer Stadt eigentlich nie genügend konsumfreie Räume für Bewegung und Begegnung haben kann, auch im Winter. Gleichzeitig müssen wir realistisch einschätzen, was betrieblich, rechtlich und finanziell machbar ist. Wir sind aber trotzdem bereit, dieses Anliegen fundiert zu prüfen, auch mit dem Hintergrund, dass es eigentlich ein seit Jahren andauerndes politisches Thema ist. Wir schlagen euch vor (da sind wir jetzt bereits von der Realität überholt worden), für das Budget 27 entsprechende Mittel bereitstellen, um die Voraussetzungen für eine mögliche Winteröffnung des Badiareals abzuklären, insbesondere hinsichtlich Sicherheit, Unterhalt, Nutzungsprognose und Haftungsfragen. Auf der Basis eines Preisschildes kann das Parlament seriös entscheiden, ob und in welcher Form eine Öffnung sinnvoll und auch tragbar ist. Für den Stadtrat müssen Aufwand, Nutzen und Wirkung ganz klar in einem guten Verhältnis stehen. Vielen Dank fürs Zuhören.

Lukas Neumaier, Fraktion SVP: Wir sehen das Ganze kritisch. Der Auftrag würde lediglich erneute Kosten nach sich ziehen. Zudem sind solche Plätze nicht wirklich belebt und es führt früher oder später zu Littering und einem Herumlungern. Neben den Gebäuden in der Schützi ist jetzt schon eine grosse Drogenproblematik vorhanden, wo unter anderem während 24 Stunden am Tag Drogenhandel betrieben wird. Mit einer Erweiterung eines solchen Areal, würde dies einfach noch weiter erweitert werden. Darum lehnen wir das ab. Danke.

Lukas Lütolf, Fraktion GO/JGO: In meinem Büro hängt eine alte Postkarte von Olten aus der Vogelperspektive. Und siehe da: 1974 hat es auf dem Areal, wo sich heute die Kinderschwimmbecken und die grosse Liegewiese der Badi befinden, ein öffentliches

Fussballfeld gegeben. Klar, zu dieser Zeit war die Schützi noch eine aktive Turnhalle und die Badi war viel kleiner. Trotzdem zeigt das aus der Sicht der GO/JGO, dass unter anderem die Fläche neben dem Durchgangsweg anders genutzt, respektive komplementär zum Badibetrieb frei zugänglich gestaltet werden kann. Zumindest in den Monaten, während die Badi geschlossen ist. Auch der Stadtrat anerkennt das Potenzial und wir sie erfreut, zeigt er sich bereit, ein entsprechendes Betriebskonzept zu prüfen. Für uns ist sehr wichtig, dass in diesem Rahmen geprüft wird, inwiefern ein freier Zugang zur Aare geschaffen werden kann. Am besten den ganzen Steg entlang der Aare bis zum Badirestaurant. Und wer das jetzt als Träumerei abtut, soll sich bitte mal im neuen Freiraum, Natur und Klimakonzept die Seiten 78 und 79 anschauen. Nicht wegen nichts, wird dort visionär von der «Schützenmatte Stadtpark am Wasser» gesprochen. Inklusive diverser Details für eine mögliche Umsetzung. In diesem Sinne werden wir den Prüfauftrag einstimmig für erheblich erklären und sind gespannt auf die entsprechenden Ergebnisse. Danke.

Simon Bloch, Fraktion FDP: Die FDP-Fraktion lehnt diesen Auftrag ab. Nicht weil wir den Gedanken von Begegnung, Bewegung und öffentlichem Raum grundsätzlich in Frage stellen würden. Ganz im Gegenteil. Sondern weil wir überzeugt sind, dass der vorliegende Vorschlag unverhältnismässig teuer und in dieser Form nicht zielführend ist. Auf den ersten Blick klingt der Auftrag sympathisch. Wenn man aber genauer hinschaut, zeigt sich ein anderes Bild. Eine Winteröffnung des Badiareals bedeutet nicht einfach, dass man die Tore offenlassen kann. Sie bringt zusätzliche Infrastruktur, erhöhten Unterhalt, Sicherheitsmassnahmen, Reinigung und Personalaufwand mit sich. Zudem trägt die Stadt dabei die volle Werkeigentümerhaftung. Der Stadtrat hält in seiner Antwort auch richtigerweise fest, dass frühere Versuche einer Winteröffnung kaum genutzt wurden, gleichzeitig aber einen erheblichen Aufwand verursacht haben. Eben unter anderem wegen Abfall, Hundekot und Sicherheitsfragen. Kurz gesagt resultiert ein hoher Aufwand bei sehr begrenztem Nutzen. Dazu kommt, dass das Badiareal nicht einfach acht Monate lang brach liegt, wie das zum Teil suggeriert wird. Es ist Teil einer saisonalen Infrastruktur, benötigt Vor- und Nachbereitungszeit für den Sommerbetrieb und ist in Bezug auf Hygiene und Sicherheit besonders sensibel. Eine dauerhafte Öffnung würde faktisch bedeuten, den Badibetrieb strukturell zu verändern. Eben auch mit den entsprechenden finanziellen Konsequenzen. Das kann man politisch wollen, aber dann muss man auch offen sagen, was es kostet. Ein weiterer zentraler Punkt ist, dass in Olten bereits heute genügend frei zugängliche Aufenthalts- und Bewegungsräume gibt. Dazu zählen zum Beispiel der Stadtpark, der Vögelgarten, die Aareufer-Bereiche sowie zahlreiche Quartierplätze und Spielanlagen. Auch der Rand des bebauten städtischen Gebietes, wie zum Beispiel das Gheid, der Hardwald oder der Bannwald, ist von überall in Olten sehr schnell erreichbar. Diese Flächen sind ganzjährig zugänglich, verursachen keinen zusätzlichen Infrastrukturaufwand und erfüllen genau den Zweck, den der Auftrag verfolgt. Es besteht also keine eigentliche Angebotslücke, sondern höchstens der Wunsch nach einer zusätzlichen Nutzung an einem Ort, der dafür gar nicht ideal geeignet ist. Gerade vor dem Hintergrund der angespannten finanziellen Lage Oltens ist es aus Sicht der FDP entscheidend, klare Priorität zu setzen. Ein Auftrag, der neue Kosten auslöst, im Nutzen aber sehr begrenzt ist, ist im Moment nicht verantwortbar. Wenn wir zusätzliche Mittel einsetzen, dann dort, wo sie nachhaltig wirken und einen klaren Mehrwert bringen. Zusammengefasst anerkennt die FDP-Fraktion das Anliegen der Bewegungsförderung, sieht aber keinen Bedarf für eine Winteröffnung des Badiareals und lehnt den Auftrag aufgrund der Kosten, des Aufwands und der bereits bestehenden Alternativen ab. Wir werden daher den Auftrag für nicht erheblich erklären. Besten Dank.

Tobias Käser, Fraktion GLP/Mitte/EVP: Stellt euch vor, ihr spaziert durch Olten, unsere Dreitannenstadt, wo euch der Duft der Natur erfüllt. Mitten in der Natur spürt ihr auch Pflanzen, intakte Grünflächen, welche die Seele beruhigen. Und es ist wissenschaftlich nachgewiesen, dass die Natur die menschliche Psyche stärkt und ihr euch besser erholt. Genau darum hat die Fraktion GLP/Mitte/EVP ein grosses Verständnis für den Vorstoss der SP, dass man das Badiareal ganzjährig öffnet, für Begegnungen und für die Bewegung der Leute. Wir teilen auch das Anliegen des Stadtrats, indem er sagt, dass gut gestaltete öffentliche Flächen die Lebensqualität erhöhen. Wir sehen aber auch, dass beim Eingriff in die Grünfläche, indem man sie öffnen will, die Preis-Leistung relativ hoch ist. Im Winter würde das Areal kaum belebt werden.

Davon sind wir überzeugt. Man hat es ja gesehen, als die Wiese temporär geöffnet war. Vor allem Hundefreunde nutzen diese Fläche. Der entsprechende Reinigungsaufwand ist, wie es gesagt wurde, relativ hoch. Ihr wisst, was passiert, wenn es nicht gereinigt wird. Dann ist es so, dass im Sommer Babys auf dem Rasen herumkrabbeln und plötzlich haben sie Hundekot im Mund oder an den Händen. Und dies auf der gleichen Fläche zu handhaben ist relativ schwierig. Dies erachten wir als unattraktiv und auch riskant, wie es schon genannt wurde. Wir glauben auch, dass Familie und Kinder belebte Orte suchen. Das sieht man auch. Sie gehen auf Spielplätze im Sommer, oder auch im Winter. Aber es müssen Flächen sein, wo Spielgeräte vorhanden sind, und im Winter sieht man, dass am Sonntagnachmittag auch Turnhallen geöffnet werden. Es gibt solche Aktionstage, die Turnhallen sind voll, die Leute gehen dorthin. Wir glauben nicht, dass die Leute auf einen matschigen Rasen in der Badi gehen und dort herumtollen, wo sonst einfach nichts rumsteht und dann der Rasen kaputtgeht. Man hat das gesehen. Man hatte mal partiell diese Öffnung und es kamen nur wenige Gruppen, aber der Aufwand war enorm. Die Initianten werden sicher einwenden, dass es in anderen Städten funktioniert hat. Das ist richtig. Zürich, Winterthur wurde genannt. Das sind aber andere Städte. Olten ist keine Grossstadt, hat auch nicht die Finanzkraft von Zürich, wo man sich die teuren Reinigungseinheiten leisten kann. Wir sind, wie der Name schon sagt, eine kompakte Tannenstadt, wo die Erholung im nahen Wald stattfinden kann. Dort ist die Biodiversität unschlagbar. Eine Biodiversität, die auf dem englisch gestalteten Rasen in den Badi bekanntlich nicht gross existiert. Neophyten hat es wahrscheinlich keine. Dort haben wir sonst wenig Biodiversität. Und Olten hat den Wald im Unterschied zu anderen Städten sehr nah. Ihr könnt von jedem Punkt in Olten innerhalb von 10 bis 15 Minuten in den Wald gelangen. Zukünftig mit der renaturierten Dünnern und mit dem Grün in der Schützenmatte, das gemäss Ortsplanrevision kommen sollte, ist das Grüne genau nebenan. Das, was ihr wollt, kommt schon, diese grüne Oase mitten in der Stadt. Und das unterstützen wir. Das ist die richtige Richtung, wo es hinführen soll. Darum sagen wir: Die Öffnung ist gut gemeint, aber weil es nebenan eh schon Grünflächen gibt, ist das für uns eine Erweiterung zu noch mehr Grünfläche, die genannt wurde. Aber diese Erweiterung hat eine schlechte Qualität und ist sehr teuer. Daher wollen wir von den Finanzen her andere Prioritäten. Darum lehnen wir diesen Auftrag einstimmig ab.

Tobias Oetiker, Fraktion OJ: Im Kommentar des Stadtrats zu diesem Auftrag steht, dass es schon versucht wurde, diese Wiese zu öffnen und dass es nicht so knackig herausgekommen ist. Aber die Stadträtin sagt ja auch, dass sie nicht geplant haben, es wieder genauso zu machen. Stattdessen wollen sie dieses Mal einen Schritt zurücktreten und einen Plan machen, wie sich das Areal sinnvoll verwenden liesse. Und sie wollen den Plan nicht einfach so schnell, schnell machen, sondern sie wollen im nächsten Herbst Geld ins Budget einstellen, um einen solchen Plan machen zu lassen, falls wir dem jetzt zustimmen. Wir wollten gerne, dass die Stadt geplant vorgeht und nicht einfach so ruckzuck und darum werden einige von uns der Idee der Stadträtin vermutlich zustimmen. Wir sind gerade in einem massiven Meinungswandel, darum spreche ich nicht für die ganze Fraktion so fixfertig.

Luc Nünlist, Fraktion SP/JSP: Danke für die positive Aufnahme einer etwas wilden Idee. Wie Vivek gestern engagiert aufgezeigt hat, ist Politik nicht immer sexy. Manchmal hätten wir am Donnerstagabend prickelndere Dinge zu tun. Aber ich finde, heute haben wir wirklich die Chance, etwas ins Rollen zu bringen, worauf wir noch lange stolz sein können. Es gibt viele verschiedene Arten, um sich die eigene Vergänglichkeit oder Trägheit des Tuns hier im Parlament vor Augen zu führen. Ein besonders Grausames habe ich heute bereit. Ich habe im Juni 2017, bevor Olten jetzt! überhaupt das erste Mal Einsitz in diesen Rat genommen hat, ein Postulat eingereicht, mit dem Wortlaut: «Der Stadtrat wird beauftragt, den Aarezugang für die Allgemeinheit im Raum Pontonierhaus zu prüfen.» Der Rat hier hat dann dieses später im Jahr mit überwältigender Mehrheit für erheblich erklärt. Umso mehr würde ich mich freuen, wenn wir heute, fast ein Jahrzehnt später, tatsächlich Bewegung in diese Sache bringen würden. Ich stelle mir gerne vor, wenn ich im Herbst 2033 am Aarebort sitze, das farbige Laub hinter mir und ein bisschen aareabwärts schaue zum Velosteg, den wir gerade neu gebaut haben, zum neuen Bahnhofplatz, der dort etwa an der Stelle endet, wo wirklich schweizweit die meisten Aareböötli einen direkten Zuganschluss gefunden haben. Hinter mir ist eine schöne,

weitläufige Wiese. Hunde haben dort keine drauf geschissen. In ein paar Wochen habe ich eigentlich vor, dort mit meinem Göttibub seinen allerersten Schneemann zu bauen. Ah ja, und den wildesten Fiebertraum habe ich fast vergessen. Bis dorthin haben wir es geschafft, Sitzgelegenheiten und Abfall beim Pontonierhaus einzurichten. Viel ist schon gesagt worden. Zwei Sachen möchte ich trotzdem noch herausgreifen. Das Badiareal ist eine Parkanlage vergleichbar mit der Grösse des Stadtparks. Sehr zentral mit direktem Aarezugang, das hat sonst keine von den erwähnten Flächen oder Wälder, und in unmittelbarer Nähe der Altstadt. Er gehört uns, der Einwohnergemeinde, und ist doch während einem grossen Teil des Jahres für die Öffentlichkeit nicht zugänglich. Wir können es drehen und wenden, wie wir wollen. Es ist nicht realistisch, dass wir neue, unversiegelte Nachholungsräume im städtischen Raum mit einer vergleichbaren Aufenthaltsqualität schaffen werden. Umso wichtiger finden wir es, dass wir den Raum, den wir zur Verfügung haben, auch bestmöglich nutzen und diesen für die Öffentlichkeit zugänglich machen. Mit einer Winteröffnung könnten wir genau das ermöglichen. Mit der Zustimmung zum Auftrag ermöglichen wir dem Stadtrat eine seriöse Abklärung zu treffen, ob und wie das umsetzbar wäre und was es kosten würde. Diese Abklärung braucht eine politische Grundlage und genau über diese entscheiden wir heute. Wir stimmen also heute Abend nicht darüber ab, ob wir die Badi im Winter öffnen und den Zaun abräumen, sondern nur, ob wir uns wirklich informieren wollen und uns ernsthaft die Frage stellen, oder ob wir die Augen verschliessen wollen und einfach sagen, dass dieser Stacheldraht bis in alle Ewigkeit gegeben ist. An dieser Stelle vielleicht noch ein Wort an die Fraktion der FDP, die gerne wissen will, was die Preis-Leistung ist und auch noch zur temporären Öffnung, die angesprochen wurde. Also, was eine Winteröffnung wirklich mit sich bringt, das wissen wir eben noch nicht. Was sie kostet, das wissen wir eben noch nicht. Um das wirklich zu wissen, müssten wir heute Abend «ja» sagen, dann bekommen wir eine Vorlage, dann wissen wir es und dann könnten wir informiert «nein» sagen. Das ist das, was wir mit diesem Auftrag möchten. Und betreffend die temporäre Öffnung, die wir gemacht haben, der Versuchsbetrieb, der angesprochen wurde. Also die, die dort waren: Man hat zwei Gitter weggenommen und der ganze Zaun rund um die Badi war immer noch dort. Also, dass das keine besonders einladende Öffnung war, die dann überwältigend genutzt wurde, ist ja auch klar. Darum wollen wir das nicht mehr. Wir wollen ein richtiges Konzept. Unter all diesen Gesichtspunkten können wir uns schon ein bisschen fragen: Welche Stadt wollen wir sein? Eine Stadt, die ihre schönsten Orte über Monate hinweg abschliesst, zumacht, sobald die ursprüngliche Nutzung endet? Oder eine Stadt, die ihre vorhandenen Räume weiterdenkt, der Bevölkerung bestmöglichen Zugang erlauben will und das auch ermöglicht? Ein Areal, welches der Öffentlichkeit gehört, soll auch für die Öffentlichkeit nutzbar und zugänglich sein. Öffentlicher Raum gehört uns allen und der darf nicht hinter Stacheldraht und Gebühren geschützt bleiben, vor jenen, denen der Raum eigentlich gehört. Vielen Dank für die Zustimmung heute Abend. Ich freue mich darauf.

Christian Huber (FDP): Danke dem SP-Sprecher fürs Teilhaben an den Fieberträumen der gesamten Fraktion SP/JSP. Uns stellen sich tatsächlich ein paar Verständnisfragen. Ich habe heute viel von «prüfen» gehört. Der Stadtrat spricht ebenfalls von Prüfauftrag. Der Auftragstext ist aber im ersten Satz ziemlich klar. «...wir beauftragt ...zu öffnen» und dann im zweiten Satzteil «zu prüfen». Vielleicht ist das ein cleverer Unterzug der Auftraggebenden. Es ist ziemlich klar. Wenn wir hier «ja» sagen, kann der Stadtrat schon schreiben, wir kommen dann mit etwas, worüber entschieden wird. Es ist eine Entscheidung, die Bestand hat. Aber die Juristen und Juristinnen der anderen Fraktionen können mich gerne korrigieren.

Daniela Minikus (SP): Danke für eure Voten. Ich habe zwei, drei Sachen an die SVP. Es geht wirklich darum, dass man die Regelung an diesem zentralen Ort prüfen könnte. Es wurde auch schon von Luc erwähnt. Es geht genau um die Entwicklung eines solchen Ortes. Und ich bin überrascht, dass man sagt: Ich weiss jetzt schon, dass es nicht funktioniert. Das ist, glaube ich, in unserer heutigen Gesellschaft völlig falsch. Es gibt eine sogenannte verhaltensbezogene Architektur. Wenn ich das hier sagen muss, wenn wir so über die Entwicklung eines Zentrums sprechen, dann muss ich sagen: Ich kann nicht sagen, dass es nicht funktioniert. Daher wurde dieser Prüfauftrag von uns so formuliert, damit wir es entscheiden können. Mit

Fakten, mit Kosten, mit der Sicherheitsfrage. Ich würde mich hüten, zu sagen, dass es nicht funktioniert.

Tobias Oetiker (OJ): Bezüglich dem, worüber wir abstimmen: Es ist nicht in der Kompetenz des Parlaments dem Stadtrat zu sagen, er müsse diese Wiesen öffnen. Es gibt zwar immer wieder Aufträge, die solche Sachen verlangen, das hat aber gar keine Wirkung, weil es nicht in unserer Kompetenz ist. Wenn der Stadtrat lieb ist, dann liest er es so, wie es stimmt und macht dann das, was maximal möglich ist. Und das ist ein Prüfauftrag. Manchmal steht es auch drin: «Wir lesen das als Prüfauftrag.» Denn manchmal ist es ein Verständnisproblem.

Tobias Käser (GLP): Ich habe eine Verständnisfrage. Ich habe immer geglaubt, es sei ein Prüfauftrag, wie es von der anderen Seite gemeint war. Jetzt habe ich das PDF-Dokument angeschaut. Da steht «Auftrag», um es zu öffnen. Ich bin verwirrt. Wenn es ein Auftrag ist, dann wird der Stadtrat beauftragt, es zu machen und nicht zu prüfen. Was ist es denn jetzt?

Christine von Arx (SP): Du bist ja auch nicht mehr zwanzig. Früher hat man es Motion und Postulat genannt, wie man es auf Bundesebene immer noch macht. Im Kanton Solothurn kennt man auch im Kanton nur den Auftrag. Mir reicht alles als Auftrag ein und die Exekutive erklärt einem, ob man es als Auftrag wirklich entgegennehmen kann oder ob es ein Prüfauftrag ist. Wir haben dieses Instrument hier im Parlament eingeführt, um diese mühseligen Diskussionen, ob es eine Motion ist oder ein Postulat ist, zu beerdigen. Wir reichen jetzt einfach nur noch Aufträge ein. Dies ein bisschen zur Klärung. Natürlich muss man diese Aufträge möglichst wörtlich nehmen, aber es ist einfach ein Auftrag. Wir kennen es nicht anders. Wir haben das System mit Motionen und Postulaten nicht mehr.

Tobias Oetiker (OJ): Eben, wie Christine gesagt hat, es ist Geschichte. Damals, als das mit dem Auftrag eingeführt wurde, war noch ein gewisses Missverständnis da. Es gibt immer Leute, die glauben, sie können den Stadtrat zu etwas zwingen, was nicht in der Kompetenz des Parlaments ist. Eine Idee, die aus dem Kantonsrat gekommen ist, von jemandem, der sich mit dem Vorgehen des Kantonsrats auskennt, war: Wenn man es Auftrag nennen würde, dann hätte das Parlament plötzlich mehr Macht. Dem ist natürlich nicht so, aber es heisst jetzt Auftrag und die Verwirrung ist offensichtlich nicht kleiner geworden. Das Parlament hat gewisse Möglichkeiten. Wir haben Finanzkompetenzen, wir können Reglemente erlassen, wir können die Gemeindeordnung ändern, worüber es danach eine Abstimmung gibt. Den Rest haben wir nicht. Wir können dann dem Stadtrat sagen: Hey Stadtrat, wir haben eine gute Idee. Wie wäre es, wenn du das prüfen würdest? Das wäre dann der Prüfauftrag und es ergibt sich ganz automatisch, je nach Materie, die man in einem solchen Auftrag anspricht.

Stadträtin Marion Rauber: Der Stadtrat hat im Auftragstext gelesen: «...für die Bevölkerung zu prüfen». Und in der Antwort haben wir ganz klar geschrieben: «Der Stadtrat ist gewillt, den Prüfauftrag entgegenzunehmen.» Also ist es ganz klar ein Prüfauftrag und darüber würdet ihr heute abstimmen.

Beschluss

Mit 20 : 17 Stimmen wird der Auftrag erheblich erklärt.

Mitteilung an:

Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

**Auftrag Daniela Minikus (SP) und Luc Nünlist (SP) betr. Badi-Areal für alle:
Bewegung und Begegnung auch im Winter – Erheblicherklärung**

Abstimmungsergebnis insgesamt

20 JA 0 ENTH. 17 NEIN

Name	Vorname	Partei	Abstimmungs- ergebnis
Jeisy-Strub	Muriel	Die Mitte	NEIN
Fiechter	Darryl	Die Mitte	NEIN
Bachmann	Beat	EVP	NEIN
Eng	Heinz	FDP	NEIN
Sager-Roth	Simone	FDP	NEIN
Walder	Andrea	FDP	NEIN
Huber	Christian	FDP	NEIN
Grieder	Sandy	FDP	NEIN
Peduzzi	Gianluca	FDP	NEIN
Bloch	Simon	FDP	NEIN
Käser	Tobias	GLP	NEIN
Huber	Silvia	GLP	NEIN
Schoger	Manfred	GLP	NEIN
Schindler Wildhaber	Yael	Grüne/Junge Grüne	JA
Graber	Regina	Grüne/Junge Grüne	JA
Frey	Jann	Grüne/Junge Grüne	JA
Lütolf	Lukas	Grüne/Junge Grüne	JA
Baumann	Gian	Grüne/Junge Grüne	JA
Imhof	Olivia	Olten jetzt!	JA
Casura	Lara	Olten jetzt!	JA
Schöni	Laura	Olten jetzt!	JA
Mühleisen	Benjamin	Olten jetzt!	JA
Sharma	Vivek	Olten jetzt!	JA
Oetiker	Tobias	Olten jetzt!	JA
Eberhard	Florian	SP/Junge SP	JA
Bütschi	Kerstin	SP/Junge SP	JA
Minikus Thüring	Daniela	SP/Junge SP	JA
Vögeli	Flurin	SP/Junge SP	JA
Kurt	Stefanie	SP/Junge SP	JA
Schmid	Claudia	SP/Junge SP	JA
Nünlist	Luc	SP/Junge SP	JA
von Arx	Christine	SP/Junge SP	JA
Bielser	Stephan	SP/Junge SP	JA
Winistörfer	Marc	SVP	NEIN
Rüegg-Kupferschmid	Ursula	SVP	NEIN
Kiefer	Robin	SVP	NEIN
Neumaier	Lukas	SVP	NEIN

Parlamentspräsidentin Ursula Rüegg: Dann wünsche ich allen, die verreisen können, schöne Ferien und vor allem eine ganz tolle Fasnacht. Besten Dank. Die Sitzung ist geschlossen.

- - - -

Parlamentspräsidentin:	Ursula Rüegg
Stadtschreiber:	Ramon Christen
Verantwortlicher Protokollführer:	Roland Sampt
Schriftliches Protokoll:	Andrea Baumann

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.